

**aktuelle analysen 30**

**Michael Bauer  
Terrorismus –  
Bedrohungsszenarien  
und Abwehrstrategien**



**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

**aktuelle analysen 30**

**Michael Bauer  
Terrorismus –  
Bedrohungsszenarien  
und Abwehrstrategien**

ISBN 3 - 88795 - 257 - X  
© 2002 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München  
Akademie für Politik und Zeitgeschehen  
Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)

Redaktion:  
Wolfgang D. Eltrich M.A. (Redaktionsleiter)  
Barbara Fürbeth M.A. (stv. Redaktionsleiterin)  
Christa Frankenhauser (Redaktionsassistentin)

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

# Inhaltsverzeichnis

Einführung (Klaus Lange).....	5
-------------------------------	---

## **Teil I: Radiologische Bomben, Atomwaffen und Terrorismus**

Zusammenfassung.....	9
----------------------	---

1. Terroristen auf der Suche nach Zugang zu Massenvernichtungswaffen.....	11
1.1 Radiologische Bomben und Atombomben aus Eigenproduktion.....	11
1.2 Beschaffung radioaktiven Materials .....	12
1.3 Nur Panikmache?.....	14
2. Nukleare Rucksackbomben.....	14
2.1 Russische Rucksackbomben – Geheimwaffen oder nur ein Gerücht? .....	14
2.2 Wenn Rucksackbomben fehlen – wo sind sie?.....	17
2.2.1 Al-Qaida oder andere Terroristen.....	17
2.2.2 Tschetschenien.....	18
2.2.3 Die russischen Geheimdienste KGB und GRU .....	20
2.3 Irak und Mini-Nukes in Eigenproduktion? .....	21
2.4 Technische Probleme .....	22
3. Schlussbemerkung .....	23
4. Ausgewählte Literaturvorschläge .....	24

## **Teil II: Prioritäten und Rahmenbedingungen für die Arbeit der Sicherheits- und Nachrichtendienste nach dem 11. September**

Zusammenfassung.....	29
----------------------	----

1. Deutsche Nachrichtendienste gegen den Terrorismus.....	30
1.1 Veränderte rechtliche Rahmenbedingungen.....	31
1.1.1 Sicherheitspaket I.....	31
1.1.2 Sicherheitspaket II.....	31
1.2 Sind die deutschen Dienste gerüstet?.....	33
2. FBI, CIA und ein Department of Homeland Security .....	37
2.1 Ein Amt für die Sicherheit Amerikas?.....	37
2.2 Die vielgescholtenen Versager: FBI und CIA .....	39
2.2.1 Operative Kapazitäten.....	39
2.2.2 Auswertung, Intelligence-sharing und Kooperation.....	41
2.2.3 Die US-Dienste – gerüstet für die Terrorabwehr? .....	42
3. Reaktionen in Großbritannien.....	44
4. Internationale Kooperation gegen den Terrorismus.....	45
5. Schlussbemerkung .....	49

## Einführung

Im Rahmen der Diskussion um Ausmaß und Natur möglicher zukünftiger terroristischer Anschläge spielt die Frage der Verwendung von Massenvernichtungsmitteln eine immer größere Rolle.

Dabei bestehen in der Fachwelt keinerlei Zweifel daran, dass es für terroristische Organisationen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten darstellen würde, in den Besitz chemischer oder/und biologischer Kampfstoffe zu gelangen. Wenn solche Kampfstoffe trotzdem erst in sehr wenigen Fällen zum Einsatz gekommen sind, so liegt das daran, dass die Ausbreitung von B- und C-Kampfstoffen vergleichsweise kompliziert und die Wirkung oft unkalkulierbar ist. Am wirkungsvollsten wäre noch der Einsatz in mehr oder weniger geschlossenen Räumen, in denen Wirkungsdeterminanten wie Luftbewegungen, Volumen oder auch Temperatur konstant wären.

Konventionelle Mittel wie etwa Autobomben stellen in "Konkurrenz" zu B- und C-Kampfstoffen Terrormittel dar, die eine ganze Reihe von Vorteilen für den Terroristen aufweisen:

Bomben auf der Basis von konventionellem Sprengstoff können trotzdem grundsätzlich so dimensioniert werden, dass die Wirkung durch technisch einfache Kombination mit anderen Komponenten wie etwa der Autobombe in Kombination mit einem Flüssig-gastank eine beträchtliche Wirkungsdifferenzierung erzielen: z.B. Zerstörung durch Druckwelle und andauernde extreme Hitzeentwicklung.

Die Ingredienzien für konventionelle Bomben sind unter Umständen noch leichter zu beschaffen als Komponenten für B- und C-Kampfstoffe (z.B. "Düngemittel-Bombe" in Oklahoma-City)

Die Wirkung konventioneller Sprengmittel kann genauer kalkuliert werden als die von B- und C-Kampfstoffen.

Bei Sprengmitteln kann die Vernichtung von Leben mit der Zerstörung baulicher Strukturen kombiniert werden, was bei B- und C-Waffen so nicht möglich ist. Die theatralische Wirkung, die rauchende Trümmerfelder vor allem auf Terroristen der jüngsten Generation haben, sollte auch nicht unterschätzt werden.

Trotzdem ist natürlich nicht auszuschließen, dass gerade die Unkalkulierbarkeit beim Einsatz von B- und C-Waffen das Gefühl einer besonders unheimlichen Bedrohung hervorruft, was die Mittel für den Terroristen besonders attraktiv erscheinen lassen kann. Trotzdem sollte man bei der Abschätzung möglicher terroristischer Bedrohungen um einer realistischen Beurteilung willen zur Kenntnis nehmen, dass es weder die "konventionelle" Bombe noch B- oder C-Waffen sind, die das ultimative Mittel des Terroristen darstellen, sondern die Nuklearwaffe: Kein anderes potenzielles Terrormittel vereinigt in gleichem Maß unmittelbare Zerstörungskraft mit Langzeitwirkung und psychologischen Beschädigungen wie die Nuklearwaffe.

Strittig allerdings ist die Frage, wie schwierig es für Terroristen wäre, sich in den Besitz von Nuklearwaffen zu bringen. Hier gehen die Ansichten beträchtlich auseinander, von Meinungen, dass dies quasi unmöglich sei, bis zu solchen, die das "Kind bereits in den Brunnen gefallen" sehen.

Jedenfalls wird das Thema des "neuen" Terrorismus zunehmend mit der Weiterverbreitung nuklearer Waffen und Kampfmittel verbunden sein. Das ist m.E. nicht zu bezweifeln.

Die vorliegende "aktuelle analyse" versucht diesem Umstand durch eine auf offenen Quellen beruhende Bestandsaufnahme zur Frage der Bedrohung Rechnung zu tragen. Ergänzt wird dieser Teil durch eine Zusammenfassung von Konsequenzen, die Sicherheitsorgane und Nachrichtendienste aus dem 11. September 2001 gezogen haben. Die Analyse soll einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass die letztlich entscheidende Bedrohung durch den "neuen" Terrorismus nicht im "Hintergrundrauschen" verloren geht, das die gegenwärtige Inflation von Aussagen zum Terrorismus produziert.

Prof. Dr. Klaus Lange  
Referent für Internationale Sicherheitspolitik der Akademie  
für Politik und Zeitgeschehen

**Teil I**  
**Radiologische Bomben,**  
**Atomwaffen und Terrorismus**





## Zusammenfassung

Der 11. September hat gezeigt, dass der Terrorismus des 21. Jahrhunderts eine ernst zu nehmende Bedrohung für die Sicherheit von Nationalstaaten ist und sogar einen Destabilisierungsfaktor für das internationale System insgesamt darstellen kann.

Vorliegende Publikation untersucht, inwieweit eine nächste Stufe der Eskalation in Form eines terroristischen Anschlags mit radiologischen oder nuklearen Waffen zu befürchten ist. Sie kommt nach der Analyse offen zugänglicher Quellen zu dem Schluss, dass es unwahrscheinlich ist, dass Osama Bin Ladens Terrororganisation bereits in den Besitz derartiger Waffen gelangt ist. Da deren Akquirierung aber ein erklärtes Ziel der al-Qaida ist, sollte diese Problematik weiterhin einen oberen Platz auf der sicherheitspolitischen Agenda einnehmen.

Die Herstellung einer radiologischen Bombe, in der radioaktives Material mit konventionellem Sprengstoff vermischt wird, bedarf überdies weder viel technischer Expertise noch einer großen technischen Infrastruktur. Die niedrig angereicherten radioaktiven Substanzen wie Cäsium-137 oder Strontium-90 finden sich in Geräten, die in medizinischem oder landwirtschaftlichem Gebrauch sind. Der Einsatz einer solchen Bombe hätte in erster Linie psychologische Folgen und würde zu einer Verstrahlung der Explosionsumgebung führen, die dadurch radioaktiv verseucht würde. Die Opferzahlen würden sich allerdings in Grenzen halten. Aussagen von gefangen genommenen al-Qaida-Anhängern ebenso wie in Afghanistan sichergestellte Dokumente zeigen, dass die Terroristen den Bau einer derartigen Waffe planen.

Ungleich schlimmer wäre freilich der Einsatz "richtiger" Atomwaffen. Deren Eigenproduktion bedarf allerdings umfassender technischer Kenntnisse und einer ausgefeilten Produktionsinfrastruktur, da eine nukleare Kettenreaktion erzeugt werden müsste ein äußerst schwieriges Unterfangen. Waffenfähiges Uran oder Plutonium sind zudem, entgegen oftmals anders lautender Pressemeldungen, äußerst schwierig zu beschaffende Substanzen. In Afghanistan gefundene Dokumente zeigen jedoch, dass die al-Qaida Know-how für den Bau von Atomwaffen sammelte.

Ein weiteres Bedrohungsszenario, das immer wieder auftaucht, besagt, dass sich Terroristen bereits im Besitz so genannter "Rucksackbomben" befinden. Bei diesen Bomben handelt es sich um kleine Atomwaffen, die zwischen 25 und 50 kg wiegen, sich in einem Behälter von 60x40x20 cm transportieren lassen, eine Sprengkraft von einer bis zehn Kilotonnen haben und deren Zündung keiner zentralen Kontrolle (dem berühmten "roten Knopf") unterliegt.

Solche Meldungen sind über offene Quellen weder glaubhaft zu verifizieren noch komplett zu widerlegen. Allerdings gilt es zu bedenken, dass seit dem 11. September vielerorts von "worst case"-Szenarien ausgegangen wird und zudem eine Menge Desinformation zu diesem Thema kursiert.

Grund zu einer umfassenden Entwarnung gibt es in jedem Fall nicht: Die Sicherung militärischer und ziviler Nuklearanlagen gegen Diebstahl lässt in Russland und anderen GUS-Staaten immer noch zu wünschen übrig. Medizinische oder landwirtschaftliche Geräte, die radioaktive Substanzen enthalten, werden auch in den USA und Westeuropa oftmals nicht fachgerecht entsorgt und finden immer wieder den Weg auf Müllkippen oder Schrottplätze. Nuklearterrorismus durch selbst gebaute radiologische Bomben oder gestohlene "Mini-Nukes" wie den Rucksackbomben stellt eine Gefahr dar, die nicht unterschätzt werden sollte.

Und schließlich bieten auch Atomkraftwerke ein Ziel für mit konventionellen Mitteln durchgeführte terroristische Anschläge.

## 1. Terroristen auf der Suche nach Zugang zu Massenvernichtungswaffen

Was aus Verhören von al-Qaida Kämpfern und durch in Afghanistan sichergestellte Dokumente schon bekannt war, wurde durch die Verhaftung des vermeintlichen Terroristen Al-Muhajir nur noch einmal bestätigt: Die Terrorgruppe al-Qaida und ihr nahe stehende Gruppen sind auf der Suche nach Zugang zu Massenvernichtungswaffen. Während Al-Muhajir, wie berichtet wurde, Pläne zum Bau einer radiologischen Bombe entwickelte, einer so genannten "dirty bomb", werden immer wieder Warnungen laut, Terrorgruppen könnten in den Besitz einer richtigen Atombombe kommen.

Mehrere Ebenen der Untersuchung sind notwendig, will man die Bedrohungspotenziale im Hinblick auf eine mögliche Eigenproduktion radiologischer oder nuklearer Waffen sowie in Bezug auf den Erwerb oder Diebstahl fertiger Kernwaffen abschätzen.

### 1.1 Radiologische Bomben und Atombomben aus Eigenproduktion

Auf Grund der relativ einfachen Herstellung ist eine radiologischen Bombe, die radioaktives Material gemischt mit konventionellem Sprengstoff enthält, wohl eine effiziente Option für terroristische Zwecke. Während das Tötungspotenzial einer solchen Bombe ungewiss ist, würde sie zumindest die unmittelbare Umgebung, in der sie explodiert, langfristig verseuchen und eignet sich somit für Anschläge auf symbolträchtige Orte oder Zentren des öffentlichen, politischen oder wirtschaftlichen Lebens.<sup>1</sup>

Im Gegensatz dazu ist die Eigenproduktion richtiger Atombomben sehr kompliziert und bedürfte vermutlich eines staatlichen Sponsors. Allerdings gibt es auch hier gegenteilige Meinungen: Eine Studie des Nuclear Control Institute in Washington geht davon aus, dass Terroristen auch ohne weitere Backgroundkenntnisse einfache Atomwaffen ("crude device") bauen könnten, wenn sie in den Besitz einer der kritischen Substanzen Plutonium oder hochangereichertes Uran kämen.<sup>2</sup> Unterstützung durch Experten würde die Eigenproduktion in jedem Fall erheblich erleichtern. Besorgnis erregend sind dementsprechend Berichte über pakistanische Wissenschaftler, die mit den fundamentalistischen Ideologien der al-Qaida sympathisieren. So berichtete die New York Times, Pakistan habe drei Atomphysiker auf Grund ihrer Verbindungen zu den Taliban festgenommen<sup>3</sup>, und auch das Wall Street Journal wähnt Bin Laden-Sympathisanten unter den pakistanischen Nuklearforschern.<sup>4</sup> Am 12. Dezember 2001 meldete United Press International (UPI), pakistanische Wissenschaftler hätten gestanden, im August 2001 in Kabul ausführliche Gespräche mit Bin Laden über chemische, biologische und atomare Waffen geführt zu haben.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Cordesman, Anthony H.: Radiological Weapons as Means of Attack, CISI, 11/2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002, download unter: <http://www.csis.org/burke/hd/reports/radiological.pdf>

<sup>2</sup> Mark, Carson et al: Can Terrorist build Nuclear Weapons? Nuclear Control Institute, Washington D.C. 1986, abrufbar unter: [www.nci.org](http://www.nci.org)

<sup>3</sup> Assessing Risks, Chemical, Biological, Even Nuclear, in: New York Times, 1.11.2001, Sektion A, S.1.

<sup>4</sup> Do the Terrorists Have Nukes?, in: Wall Street Journal, 11.11.2001.

<sup>5</sup> 2 Nuclear Experts Briefed Bin Laden, Pakistanis Say, in: Washington Post, 12.12. 2001, S.A01.

## 1.2 Beschaffung radioaktiven Materials

Weltweit existieren ca. 450 Tonnen militärisch und zivil genutztes Plutonium, 1.700 Tonnen waffentaugliches Uran<sup>6</sup> und Ummengen von Cäsium-137, Strontium-90, Iridium-192 oder andere radioaktive Substanzen, die nicht "waffenfähig" im eigentlichen Sinne sind, aber durchaus zum Bau einer radiologischen Bombe verwendet werden können.

Nach wie vor existieren Mängel bei der Sicherung radioaktiver Materialien vor allem in Russland. Erst beim letzten G8-Gipfel in Kanada wurde dieses Problem behandelt und Moskau finanzielle Hilfen in Höhe von 20 Mrd. US \$ zugesichert. Im Februar 2002 stellte die CIA fest, "the Russian warhead-security system may not be sufficient to meet today's challenge of a knowledgeable insider collaborating with a criminal or terrorist group".<sup>7</sup> In dem selben Report wird von vier Fällen berichtet, in denen waffenfähiges Uran in Russland gestohlen wurde: 1992 seien 1,5 kg 90%-angereichertes Uran bei der Luch-Produktionsgesellschaft entwendet und 1994 3 kg 90%-angereichertes Uran in Moskau gestohlen worden. 1998 wurden laut Viktor Yerastov, dem Chef des "Nuclear Accounting and Control Departments" des russischen Ministeriums für Atomenergie, in einem Betrieb in Tscheljabinsk eine Menge waffenfähiges Material gestohlen, die ausreichte, um eine Atombombe herzustellen. Dieser Bericht konnte laut CIA jedoch noch nicht über unabhängige Quellen bestätigt werden. 1999 schließlich wurden einige Gramm waffentaugliches Uran aus Russland in Bulgarien sichergestellt. Die CIA weist allerdings auch darauf hin, dass das Problem oft größer gemacht werde, als es eigentlich sei, da die Presse oft übertreibe und Cäsium-137 oder Strontium-90 als waffenfähiges Material bezeichne.

Auch aus Afrika gibt es immer wieder Berichte von Versuchen islamischer Terroristen, sich atomwaffenfähiges Material anzueignen. Der Umschlagsort ist dabei meist der Sudan. Es handelt sich den Berichten nach um Material aus dem ehemaligen südafrikanischen Kernwaffenprogramm. Der Vollzug eines Atomdeals wurde bisher jedoch nirgendwo bestätigt.<sup>8</sup>

Gerade Russland hat zudem in den 90er-Jahren Staaten, die in den USA als Sponsoren von Terrorismus eingeschätzt werden, ganz offiziell mit Reaktortechnik beliefert und existierende Reaktoren und Forschungszentren modernisiert.<sup>9</sup> Mag die Wahrscheinlichkeit

---

<sup>6</sup> Bunn, Matthew: Reducing the Threat of nuclear Theft and Sabotage, in: International Atomic Energy Agency, SM 367/4/08, 30.10.2001, S.3, download über:  
[http://www.iaea.or.at/worldatom/Press/Focus/Nuclear\\_Terrorism/](http://www.iaea.or.at/worldatom/Press/Focus/Nuclear_Terrorism/)

<sup>7</sup> National Intelligence Council: Annual Report to the Congress on the Safty and Security of Russian Nuclear Facilities and Military Forces, Februar 2002; zuletzt abgerufen am 23.8.2002, download unter:  
[http://www.odci.gov/nic/pubs/other\\_products/icarusiansecurity.htm](http://www.odci.gov/nic/pubs/other_products/icarusiansecurity.htm)

<sup>8</sup> Beispielsweise Al-Fadls Aussage vom Februar 2001 im Rahmen des Prozesses zu den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania, abrufbar unter:  
<http://cns.miis.edu/pubs/reports/binladen.htm> - zuletzt gelesen am 23.8.2002; oder der in München festgenommene Mamdouh Mahmud Salim: Iraqi's Mission: To Get Bin Laden A Nuke: Jailed Associate A Feared Zealot, in: New York Daily News, 1.10.2001, abrufbar unter:  
<http://pqasb.pqarchiver.com/nydailynews/index.html?ts=1030518272>

<sup>9</sup> Für eine detaillierte Aufstellung siehe: Spector, Leonard: Russian Exports of Sensitive Equipment and Technology, Testimony delivered before the Subcommittee on International Security, Proliferation, and Federal Services of the U.S. Senate Committee on Governmental Affairs, 6.6.2002, zuletzt eingesehen am 23.8.2002, download über:  
[http://www.senate.gov/~gov\\_affairs/060602witness.htm](http://www.senate.gov/~gov_affairs/060602witness.htm)

auch gering sein, dass die Führung dieser Staaten Terrorgruppen wie al-Qaida radioaktive Substanzen zur Verfügung stellt, so besteht dennoch die Gefahr, dass einzelne Fraktionen innerhalb der Führungselite zu einem derartigen Schritt geneigt sein könnten. Diese Gefahr besteht auch und gerade in Pakistan.

Berichte über einen Uranschwarzmarkt in Osteuropa und der GUS gibt es zuhauf. Der Fernsehsender PBS berichtete zum Beispiel, dass undercover-Ermittlern des FBI 1995 von der russischen Mafia angeboten wurde, waffenfähiges Uran in die USA zu schmuggeln.<sup>10</sup> Die Probe aufs Exempel wurde schließlich jedoch nicht durchgeführt. Es kann aber, zumindest laut PBS, von einer Verwicklung hochrangiger russischer Militärs und Wissenschaftler ausgegangen werden. Auf die Verbindungen zwischen Mafia und Bin Laden wurde an anderer Stelle hingewiesen: So berichtet Bill Gertz von der Washington Times über Kooperationen zwischen Taliban und russischer Mafia beim Drogenhandel.<sup>11</sup> Auch die ARD informierte über einen geplanten Atom-Deal zwischen al-Qaida und russischer Mafia, der in Prag über die Bühne gehen sollte. Dabei soll es sich um nuklearwaffenfähiges Material gehandelt haben. Seit 1999 seien in sechs Fällen nachweislich Proben waffenfähigen Materials auf dem Schwarzmarkt angeboten worden.<sup>12</sup>

Eine weitere Quelle für radioaktive Materialien sind Gerätschaften wie Röntgenapparate, Maschinen zur Behandlung von Krebskranken oder landwirtschaftliche Maschinen, die sich alle im zivilen/medizinischen Gebrauch befinden, deren Bestand nicht überschaubar ist und die nur unzureichend oder überhaupt nicht gesichert sind. Auch hier fällt Russland ins Auge: Wie die International Atomic Energy Agency (IAEA) feststellte, existieren dort noch aus Sowjetzeiten landwirtschaftliche Apparate (z.B. zur Verhinderung der Keimung bei Maiskörnern), die Cäsium-137 enthalten. Darüber hinaus sind auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion einige Hundert "nuclear batteries" verteilt. Dabei handelt es sich um mit Strontium-90 betriebene Generatoren, die in abgelegenen Gebieten zur Energieversorgung wichtiger Kommunikationseinrichtungen eingesetzt wurden. Die Kontrolle über diese Generatoren ist z.T. mehr als lückenhaft, und im Februar 2002 hat die IAEA ein Team zur Bergung zweier solcher Generatoren nach Georgien geschickt.<sup>13</sup> Da sich dieses Unternehmen für die IAEA nicht ganz einfach gestaltet, kann man allerdings auch davon ausgehen, dass für diesen Zweck schlechter ausgestattete Gruppen wie al-Qaida vor einem nicht unerheblichen Problem stünden, sollten sie versuchen, auf diese Weise an radioaktive Materialien zu gelangen. Aber auch in den USA gibt es laut CBS mehr als 18.000 industrielle Quellen für radioaktive Materialien.<sup>14</sup> Terroristen könnten sich die Zutaten für ihre Bomben also direkt vor Ort besorgen. Auch in Europa dürfte die Situation nicht viel besser sein.

- 
- <sup>10</sup> PBS: Russian Roulette, gesendet am 23.2.1999, Transkript unter: <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/russia/scenario/>, zuletzt abgerufen am 23.8.2002.
- <sup>11</sup> Bin Laden terror group tries to acquire chemical arms, in: Washington Times, 26.9.2001, zitiert bei: [http://www.darius.cz/ag\\_nikola/keg12.html](http://www.darius.cz/ag_nikola/keg12.html), zuletzt abgerufen am 23.8.2002.
- <sup>12</sup> Al-Qaida versuchte in Europa an Uran zu kommen, in: Die Welt, 16.10.2001, S.1.
- <sup>13</sup> Weapons of mass dislocation, in: The Economist, 15.6.2002, S.26; Terror Fear Over Lost Nuclear Parts, in: The Guardian, 30.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.observer.co.uk/international/story/0.6903.746578.00.html>; Agency seeks dirty-bomb material from Soviet farms, in: The Guardian, 25.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.guardian.co.uk/international/story/0.3604.743244.00.html>; Search begins for Missing Radiation Sources in the Republic of Georgia, in: IAEA Press Release, 10.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: [http://www.iaea.or.at/worldatom/Press/P\\_release/2002/prn0208.shtml](http://www.iaea.or.at/worldatom/Press/P_release/2002/prn0208.shtml)
- <sup>14</sup> The Mechanics of a 'Dirty Bomb', in: CBS news.com, 23.4.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.cbsnews.com/stories/2002/04/23/attack/main507031.shtml>

### 1.3 Nur Panikmache?

Die Verhaftung des vermeintlichen Attentäters Abdullah Al'Muhajir, der geplant hatte, in den USA einen Anschlag mit einer radiologischen Bombe zu verüben, scheint in Hinblick auf die aktuelle Bedrohungslage eine gewisse Entwarnung zu geben. Nach anfänglichen Äußerungen von US-Justizminister John Ashcroft, man habe einen unmittelbar bevorstehenden Anschlag mit einer radiologischen Bombe verhindert, relativierten Ashcrofts Stellvertreter Larry Thompson, FBI-Chef Mueller und White House-Sprecher Ari Fleischer diese alarmierende Aussage. Muhajir habe sich wohl allenfalls im Anfangsstadium zur Planung eines derartigen Anschlages befunden.<sup>15</sup>

Zudem brachte die Suche nach Spuren von al-Qaida Waffenprogrammen in Afghanistan die Erkenntnis zu Tage, wie schwer es offensichtlich ist, die für kleine Atomwaffen oder auch nur radiologische Bomben benötigten Substanzen zu bekommen.<sup>16</sup>

## 2. Nukleare Rucksackbomben

Besonders geeignet für terroristische Zwecke scheinen ebenfalls sog. "Mini-Nukes" (kleine Atomwaffen), die – anders als z.B. Interkontinentalraketen – keiner zentralen Kontrolle unterliegen, sondern selbstständig gezündet werden können und z.T. auch ohne weiteres zu transportieren sind. Da bei der Zündung einer solchen Bombe eine nukleare Kettenreaktion erfolgt, ist ihre Zerstörungskraft zudem um ein Vielfaches größer als die einer radiologischen Waffe. Allerlei Gerüchte spinnen sich dabei um so genannte Rucksackbomben aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion.

### 2.1 Russische Rucksackbomben – Geheimwaffen oder nur ein Gerücht?

Die Frage, ob Rucksackbomben überhaupt existieren, ist spätestens seit 1997 geklärt, als das Weiße Haus Unterlagen und zwei Filme veröffentlichte, die belegten, dass die USA in den 60er-Jahren Rucksackbomben, "Special Atomic Demolition Munition" (SADM), entwickelt hatten. Diese Waffen seien in den Vereinigten Staaten aber mittlerweile abgerüstet.<sup>17</sup>

Auch die ehemalige Sowjetunion hatte derartige Waffen mindestens bis zum Jahr 2000 in ihren Beständen, auch wenn dies von den russischen Offiziellen dementiert wurde.<sup>18</sup> Die

---

<sup>15</sup> Threat of dirty bomb softened, in: USA Today, 11.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.usatoday.com/news/nation/2002/06/11/bush-others.htm>

<sup>16</sup> U.S. Analysts find no sign Bin Laden had nuclear arms, in: New York Times, 26.2.2002, abrufbar auf der Website des Nuclear Control Institute unter: <http://www.nci.org/02/02f/26-07.htm>

<sup>17</sup> PBS: Russian Roulette (Anm.10): <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/russia/suitcase>

<sup>18</sup> Der Vorsitzende des Military Research and Development Subkomitee, der republikanische Kongressabgeordnete Curt Weldon, berichtet in "Russia Roulette" auf PBS (siehe Anm.10) von entsprechenden Äußerungen des damaligen russischen Verteidigungsministers Sergejew; zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/russia/suitcase/comments.html>

Kontrolle über diese Waffen soll in den Wirren während des Auseinanderbrechens des Sowjetreichs teilweise verloren gegangen sein, so dass über den Zustand und Aufbewahrungsort unterschiedliche Ansichten vorherrschen. So sagte kein geringerer als der mittlerweile verstorbene Gouverneur von Krasnojarsk, der ehemalige Nationale Sicherheitsberater und kurzzeitige Chef des Nationalen Sicherheitsrats, General Alexander Lebed, im September 1997 in einem Interview der CBS-Sendung "60 Minutes", dass rund 100 von 250<sup>19</sup> existierenden Rucksackbomben aus russischen Beständen nicht mehr unter der Kontrolle der russischen Armee seien.<sup>20</sup> Er wisse nicht, was mit diesen Bomben passiert sei oder wo sie sich befänden. Sie könnten gestohlen oder verkauft sein und sich auch im Ausland befinden.

Ähnlich wie Lebed äußerte sich Alexei Yablokov, in den frühen 90er-Jahren ebenfalls ein Mitglied des russischen Sicherheitsrats, zuständig für Umweltprobleme. Yablokov berichtete im Oktober 1997 in einer Anhörung vor dem US-Repräsentantenhaus<sup>21</sup>, während seiner Zeit im Sicherheitsrat Wissenschaftler gesprochen zu haben, die ihm berichtet hätten, in den 70er-Jahren am Bau von Rucksackbomben für den KGB beteiligt gewesen zu sein. Diese Waffen seien ausschließlich für terroristische Zwecke bestimmt gewesen. Sie seien darüber hinaus nie in irgendwelchen Verzeichnissen des russischen Verteidigungsministeriums aufgetaucht, da sie explizit unter KGB-Kommando standen. Ob das auch jetzt noch der Fall sei, das wisse er nicht.

Das russische Verteidigungsministerium widersprach Lebeds Behauptungen umgehend und erklärte, es gebe keine Atombomben in Russland, die sich nicht unter Kontrolle der Armee befänden. Lebed sei zudem nie mit Fragen nuklearer Sicherheit befasst gewesen und kenne sich dementsprechend auch nicht aus. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, wurden Lebeds Äußerungen auch von in internationalen Think-Tanks ansässigen Experten in Zweifel gezogen, von denen die strikte Kontrolle über die russischen Nuklear-Einrichtungen betont wurde und die den Diebstahl von Atombomben oder Raketen als extrem unwahrscheinlich bezeichneten.<sup>22</sup> Auch US State Department-Sprecher Foley erklärte, die US-Regierung halte Lebeds Äußerungen für nicht allzu glaubwürdig. Man glaube den Versicherungen der russischen Regierung, all ihre nuklearen Waffen unter Kontrolle zu haben.<sup>23</sup>

Widersprüchliche Ansichten werden zur Zuverlässigkeit der russischen Buchführung über die Nuklear-Waffenbestände geäußert: Während das russische accounting-model von General Eugene Habiger<sup>24</sup> gelobt wird, bietet es Matthew Bunn<sup>25</sup> zufolge auch eine Erklärung für das

<sup>19</sup> Alternativ ist die Rede von 132 Bomben, von denen nur 48 auffindbar seien.

<sup>20</sup> Das CBS online Archiv reicht nicht bis 1997 zurück, die Meldung der Nachrichtenagentur Reuters ist abrufbar unter:  
<http://www.Vanderbilt.edu/radsafe/9709/msg00163.html>, zuletzt gelesen am 28.8.2002.

<sup>21</sup> Nuclear Terrorism and Countermeasures, House of Representatives, Committee on National Security, Military Research and Development Subcommittee, Washington, DC, October 1, 1997.  
[http://commdocs.house.gov/committees/security/has274010.000/has274010\\_1.HTM#135](http://commdocs.house.gov/committees/security/has274010.000/has274010_1.HTM#135), zuletzt abgerufen am 28.8.2002.

<sup>22</sup> Siehe Anm.20.

<sup>23</sup> Department of State, Daily Press Briefing, 5.9.1997 Briefer: James B. Foley; zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter:  
<http://secretary.state.gov/www/briefings/9709/970905db.html>

<sup>24</sup> Senior Analyst beim Hudson Institute in Washington und Experte für russisches Militär; Autor des Buches "The Collapse of the Soviet Military"; War Chef der National Security Agency unter Präsident Ronald Reagan.

vermeintliche Verschwinden der Sprengköpfe.<sup>26</sup> Habiger berichtet beeindruckt von einem Besuch bei den russischen Raketenstreitkräften, bei dem ihm das computerisierte Registrierungssystem vorgeführt wurde: "[Commander in Chief of the Rocket Forces] Yakoulev can track where every nuclear weapon is in his system by serial number. I couldn't do that from my headquarters." Matthew Bunn hingegen beschreibt das russische Buchführungssystem anders: "[E]verything is accounted for on paper." Da teilweise mehrere Bücher in ein und derselben Lagerstätte existieren, seien Falschmeldungen über verschwundene Raketen vorprogrammiert.

Der Widerspruch der beiden Aussagen ließe sich durch verschiedene Registrierungssysteme für taktische und strategische Atomwaffen erklären. Zudem gilt es zu bedenken, dass die Rucksackbomben vom KGB beschafft wurden und deshalb eventuell nicht über die Armeeverzeichnisse zu erfassen sind.

Während es also als erwiesen angenommen werden kann, dass sich derartige Waffen im Besitz Russlands befanden, stellt sich die Frage, ob Waffen abhanden gekommen sind. Dass offizielle Stellen derartige Behauptungen dementieren, ist klar und kann deshalb nicht gerade als Entwarnung gewertet werden.

Lebed wurde verdächtigt, auf der Suche nach Publicity zu sein und mit den Rucksackbomben einen Coup landen zu wollen. Das republikanische Kongressmitglied und Vorsitzende des "Subcommittees for Military Research and Development" des Ausschusses für Nationale Sicherheit, Curt Weldon, hingegen wird nicht müde zu beteuern, Lebed habe die verschwundenen Rucksackbomben ihm gegenüber erstmals im Privaten erwähnt (Mai 1997), erst viel später, nämlich im Oktober 1997, habe die Presse davon Wind bekommen, und es folgte das Interview mit CBS.

Die Anklage gegen Lebed wegen Hochverrats und das zunächst erfolgte grundsätzliche Bestreiten jeglichen Wahrheitsgehalts der Aussagen Lebeds (und Yablokovs) erhöhen nicht gerade die Glaubwürdigkeit der offiziellen Stellen in Russland. Allerdings ist das reflexartige Totaldementi aus Sowjetzeiten wohl bekannt und kann ebenso wenig als Bestätigung aller Warnungen Lebeds gewertet werden. Darüber hinaus ist es tatsächlich fraglich, ob der General die entsprechende Expertise im Bereich Nuklearwaffen besaß und wie viel Verwirrung durch die verschiedenen Registrierungssysteme bzw. durch die verschiedenen Kontrollkompetenzen (Armee – KGB) verursacht wurde.

Dennoch: Selbst wenn nicht 100 Bomben verschwunden sind, sondern nur eine oder zwei, so ist das schon Grund genug, besorgt zu sein. In einem Thesenpapier der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich aus dem Jahr 1997 findet sich ein Hinweis, die russische Staatsanwaltschaft habe für einige Zeit bestätigt, dass zwei taktische Nuklearwaffen aus

---

<sup>25</sup> Experte für die Sicherheit von waffenfähigem Uran in der ehemaligen UdSSR, war Berater im Weißen Haus, Office of Science and Technology unter Clinton; derzeit Assistant Director of the Science, Technology and Public Policy Program im Center for Science and International Affairs der Harvard University.

<sup>26</sup> Habiger und Bunn werden in der bereits erwähnten PBS-Sendung (Anm.10) interviewt, Wortlaut des Interviews abrufbar unter: <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/russia/suitcase/comments.html>, zuletzt gelesen am 28.8.2002.



russischen Beständen fehlten. Diese Erklärung sei jedoch mittlerweile wieder zurückgezogen worden.<sup>27</sup>

## 2.2 Wenn Rucksackbomben fehlen – wo sind sie?

Der Chef der "Task Force on Terrorism and Unconventional Warfare" des US-Kongress, Yossef Bodansky, geht davon aus, dass sich mindestens eine einsatzbereite Rucksackbombe aus russischer Produktion derzeit auf amerikanischem Territorium befindet.<sup>28</sup> Die Quelle, die dies berichtet habe, sei ein Terrorist, den die USA 2001 dingfest gemacht hätten und der im Verhör gestanden habe, am Schmuggel der Bombe beteiligt gewesen zu sein. Da er über eine ganze Reihe technischer Detailkenntnisse verfügte, sei er als glaubwürdig eingestuft worden. Der pakistanische Geheimdienst Inter-agency Intelligence (ISI) hat diese Erkenntnisse angeblich unabhängig bestätigt.

Auch in der US-Presse finden sich einige Berichte über angebliche Atomwaffen, die Terroristen aus dem Kreis Bin Ladens anscheinend auf amerikanischem Territorium deponiert haben.<sup>29</sup>

Die nachfolgenden Punkte untersuchen, welche Gruppen in Verbindung mit Rucksackbomben gebracht wurden und welche Glaubwürdigkeit derartige Berichte genießen sollten.

### 2.2.1 Al-Qaida oder andere Terroristen

In der Presse wird seit dem 11. September immer wieder darüber berichtet, Terrorgruppen seien in den Besitz von Atomwaffen gelangt.

El Mundo meldete am 16. September 2001, Informationen aus der USA zufolge hätten Emissäre Bin Ladens in der Ukraine drei transportable "Mini-Nukes" vom Typ RA 115 und RA 116 erwerben können.<sup>30</sup>

Am 14. Oktober 2001 berichtete UPI, der Mossad habe Anfang Oktober einen Palästinenser mit einer radiologischen Bombe festgenommen. Der Bericht sei auch im Weißen Haus herumgegangen.<sup>31</sup> Die konservative Nachrichtenwebsite NewsMax.com berichtete wenig später (unter Berufung auf UPI), der festgenommene Palästinenser habe eine portable Atomwaffe mit sich geführt. Laut NewsMax.com stand dies so im CIA

---

<sup>27</sup> Müller, Harald: Nuklearschmuggel und Terrorismus, in: Kurt R. Spillmann (Hrsg.), Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VI, Vortragsreihe Sommersemester 1997, Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr.44, Zürich 1997, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: [http://www.fsk.ethz.ch/documents/beitraege/zu\\_44/zu44\\_08.htm](http://www.fsk.ethz.ch/documents/beitraege/zu_44/zu44_08.htm), allerdings ließ sich nirgendwo sonst ein Hinweis auf diesen Vorgang finden.

<sup>28</sup> So Yossef Bodansky am Rande der Tagung "Struktur und Psychologie des Terrorismus: Fallbeispiel Islamistischer Terrorismus", die von der Hanns-Seidel-Stiftung am 18.3.2002 im Konferenzzentrum in München durchgeführt wurde.

<sup>29</sup> Feds looks for smuggled nukes in US, news max.com, 20.12.2001, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.NewsMax.com.com/archives/articles/2001/12/20/181037.shtml>

<sup>30</sup> Mi Hermano Bin Laden, in: El Mundo, 16.9.2001, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.elmundo.es/2001/09/16/cronica/1047765.html>

<sup>31</sup> Israel Finds Radiological Backpack Bombs, in: United Press International, 14.10.2001.

Daily Threat Report. In dem Bericht wird ausdrücklich betont, es habe sich um eine Nuklearwaffe und nicht um eine radiologische Waffe gehandelt.<sup>32</sup>

NewsMax.com berichtete – wieder unter Berufung auf UPI –, dass pakistanische Sicherheitskräfte Anfang November 2001 einen mutmaßlichen Terroristen festgenommen hätten, der "under coercion" ausgesagt habe, Agenten Bin Ladens hätten zwei transportable Atomwaffen in die USA eingeschmuggelt. Der mutmaßliche Terrorist habe Wissen über technische Details der Aktivierung und Konstruktion der Waffen gehabt, die nicht aus offenen Quellen zu erhalten seien, so ein Experte der amerikanischen Regierung.<sup>33</sup>

Auch schon vor dem 11. September kursierten Berichte, Bin Laden und die al-Qaida seien in den Besitz von Rucksackbomben gelangt. Im Herbst 1998 gab es Presseberichte in der ägyptischen Zeitung Al Hayat und in der arabischen Zeitschrift Al-Watan Al-Arabi, Bin Laden sei im Besitz von Atomwaffen.<sup>34</sup> Der Anführer des Terrornetzwerks habe ca. 20 Atomsprengköpfe von der tschetschenischen Mafia für 30 Millionen US-Dollar und zwei Tonnen afghanischen Heroins gekauft. Die gleichen Preisangaben finden sich bei Bodansky in seiner 1999 erschienenen Bin Laden-Biografie:<sup>35</sup> Die meisten der Waffen seien Bodansky zufolge in der Ukraine, Kasachstan, Turkmenistan und Russland erworben worden. Er beruft sich dabei auf russische und arabische Geheimdienstquellen, deren Einschätzung sich lediglich in punkto Quantität unterscheidet (zwischen "a few" und "more than twenty"). Derzeit bemühe sich Bin Laden um die Rekrutierung ehemaliger Angehöriger der SPETSNAZ, einer sowjetischen Spezialeinheit, die unter anderem für den Einsatz von atomaren Rucksackbomben ausgebildet worden sind.

Wie bereits einleitend festgestellt, lässt sich der Wahrheitsgehalt all dieser Meldungen nicht verifizieren. Auch die Geheimdienste, auf die sich einige der Meldungen berufen, können keine hundertprozentigen Aussagen machen, ihre Glaubwürdigkeit hängt von der ihrer Quellen ab, die sich wiederum von außen nicht nachvollziehen lässt. Festzuhalten bleibt jedoch, dass bisher keine Drohung seitens der Terroristen sich auf den Einsatz atomarer Waffen bezog, ein Umstand, der kaum wahrscheinlich wäre, sollte sich al-Qaida im Besitz derartiger Waffen befinden.

### 2.2.2 Tschetschenien

Gerade hier hält sich hartnäckig eine Reihe von Gerüchten, eines davon wurde im vorherigen Abschnitt bereits eingeführt.

Stanislaw Lunev, ein 1992 zu den USA übergelaufener GRU-Offizier, schrieb im Oktober 1995, Dudajev habe Gorbatschow und Jelzin schon im Herbst 1991 mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht, sollten sie ihre Truppen nicht aus der Kaukasus-Republik

---

<sup>32</sup> Feds looks for smuggled nukes in US (Anm. 29).

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> McCloud, Kimberly/Osborne, Matthew: WMD Terrorism and Usama Bin Laden, Monterey Institute for International Studies, Center for Nonproliferation Studies, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://cns.miis.edu/pubs/reports/binladen.htm>

<sup>35</sup> Bodansky, Yossef: Bin Laden: The Man Who Declared War on America, New York 1999, S.329-331.

zurückziehen.<sup>36</sup> Bedenkt man, dass Dudajev 1993 mit Selbstmordangriffen auf Atomkraftwerke drohte, sollte Russland Tschetschenien nicht in die Unabhängigkeit entlassen,<sup>37</sup> so entstehen gewisse Zweifel an der inhaltlichen Logik von Lunevs Aussage.

Andrew und Leslie Cockburn berichten, der Tschetschenenführer Dudajev habe die USA im Sommer 1994 gewarnt, er sei im Besitz von zwei taktischen Atomwaffen, die er nach Libyen überführen werde, sollte Washington Tschetschenien nicht als souveränen Staat anerkennen. Auf Einladung Dudajevs sei ein amerikanisches Expertenteam undercover nach Tschetschenien gereist, um die Waffen zu besichtigen. Das US-Team wurde dort über einen Monat von den Tsche-tschenen hingehalten, ohne irgendwelche Waffen zu Gesicht zu bekommen. In Washington ging man schließlich erleichtert davon aus, dass die Rebellen nur versucht hatten zu bluffen, und zog die Experten wieder ab.<sup>38</sup>

Auch die russische "rechts außen" Zeitschrift Zavtra berichtete immer wieder über Atomwaffen im Besitz der Tschetschenen: Im Oktober 1995 veröffentlichte Zavtra ein Interview mit einem tschetschenischen Agenten, der behauptete, er habe zwei portable Atomwaffen 1992 in Estland gekauft.<sup>39</sup> Wie Scott Parish vom Center for Nonproliferation Studies des Monterey Institutes jedoch erläutert, fehlt es dem sich anschließenden Bericht an Glaubwürdigkeit. Eine Reihe der technischen Details sei schlichtweg falsch. Tschetschenenkommandeur Schamil Bassajew hatte im Juli 1995 zudem in einem Interview mit der Zeitung Segodnja explizit dementiert, Atomwaffen zu besitzen.<sup>40</sup>

Im Folgenden soll ein konkretes Beispiel für Atomterrorismus angeführt werden: Im November 1995 wurde in Moskau in einem Park deponiertes radioaktives Material gefunden. Der genaue Platz, wo sich der Behälter mit Cäsium-137 befand, war einer Reporterin des russischen Fernsehsenders NTV von Bassajew genannt worden.<sup>41</sup> Im Anschluss an diesen Vorfall wurde Dudajew mit der Aussage zitiert, dies sein nur eine kleine Menge der radioaktiven Substanzen, die den Tschetschenen zur Verfügung stünden.

Auf jeden Fall sind die Berichte, tschetschenische Kämpfer seien im Besitz von Atomwaffen, kaum glaubwürdig, da nie öffentlich mit dem Einsatz selbiger gedroht wurde. Sollten die Rebellen allerdings tatsächlich Zugang zu entsprechenden Waffen gehabt haben, so ist nicht auszuschließen, dass diese auch in die Hände Bin Ladens und seiner Vertrauten gelangt sind. Von den Verbindungen zwischen den tschetschenischen Guerillas und den Mujaheddin ist vielfach berichtet worden. Eine ganze Reihe von Schamil Bassajevs Kämpfern soll in Afghanistan ausgebildet worden sein.<sup>42</sup>

---

<sup>36</sup> Lunev, Stanislav: Russia's Nuclear Safty Problems, in: Jamestown Prism, 23.10.1995, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: [http://www.amber.ucsf.edu/homes/ross/public\\_html/russia/\\_nuke.txt](http://www.amber.ucsf.edu/homes/ross/public_html/russia/_nuke.txt)

<sup>37</sup> Die Rückkehr der Warlords, in: Der Spiegel, 52/1993, S.116.

<sup>38</sup> Cockburn, Andrew and Leslie: One Point Safe, New York 1997, S.101-103.

<sup>39</sup> Der Zavtra Bericht wird zitiert bei Parish, Scott: Are Suitcase Nukes on the Loose?, Monterey Institute of International Studies, November 1997; <http://cns.miiis.edu/pubs/reports/lebedlg.htm>

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Radioaktiver Fund in Moskauer Park, in: Die Welt, 25.11.1995, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.welt.de/daten/1995/11/25/1125au115495.htm>

<sup>42</sup> Die Afghanistan-Connection, in: Der Spiegel, 32/1995, S.110.

Eine weitere Möglichkeit, wie die al-Qaida über Tschetschenien an Atomwaffen gekommen sein könnte, wäre freilich, dass nicht etwa tschetschenische Rebellen, sondern einfache Kriminelle in den Besitz der zwei Rucksackbomben gekommen wären, die sie dann an Bin Laden weiterverkauften.

### 2.2.3 Die russischen Geheimdienste KGB und GRU

GRU-Überläufer Stanislav Lunev sagte in einer Anhörung vor dem US-Kongress<sup>43</sup>, sowjetische Kriegspläne hätten vorgesehen, dass geheime Lagerstätten für Waffen, Funkausrüstung und taktische Atomwaffen eingerichtet werden, um im Falle eines Krieges für Sabotageakte, die von "Special Operation Forces" ausgeführt worden wären, zur Verfügung zu stehen. Ziel der Sabotageakte wären das politische Zentrum der USA, Energieanlagen, Kommando- und Kommunikationsstrukturen und andere im Kriegsfall wichtige Einrichtungen gewesen. Als er für den GRU von 1988 bis 1992 in Washington stationiert war, sei es Lunevs Aufgabe gewesen, potenzielle Aufbewahrungsorte für taktische Atomwaffen ausfindig zu machen. Auf Nachfrage räumte er allerdings ein, dass er nicht sicher sagen könne, ob sich tatsächlich Rucksackbomben in den USA befänden. Die Ausbildung der GRU-Spezialkräfte habe jedenfalls die Bedienung derartiger Bomben umfasst.

Dass die sowjetischen Geheimdienste KGB und GRU während des Kalten Kriegs Waffendepots auf NATO-Territorium aufgebaut haben, geht auch aus dem "Mitrokhin Archiv" hervor.<sup>44</sup> Dort ist zwar nur die Rede von mit konventionellen Waffen ausgestatteten Lagern. Sollten jedoch tatsächlich auch Atomwaffen deponiert worden sein, würde es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um besagte Rucksackbomben handeln.

Während die Existenz solcher Waffendepots also unbestritten ist, stellt sich die Frage, ob KGB und GRU tatsächlich auch Atomwaffen hinter feindlichen Linien lagerten.

Der KGB-Überläufer Oleg Gordievsky sowie der britische Geheimdienst-Experte Christopher Andrew wollen die Vermutung, es befänden sich Atomwaffen in diesen Lagern, während einer Anhörung vor dem US-Kongress<sup>45</sup> nicht unterstützen. Der Transport von Atomwaffen sei auch für die sowjetischen Dienste kein ganz leichtes Unterfangen. Um die damit verbundenen Risiken einzugehen, hätte es schon einer sehr hohen Motivation seitens des Kremls bedurft.<sup>46</sup> Zudem seien gerade bei den sowjetischen Geheimdiensten oft Pläne geschmiedet worden, die fern jeglicher Realität waren.

---

<sup>43</sup> US/Russian National Security Issues, Anhörung vor dem Military Research and Development Subcommittee des Committee on National Security im US-Repräsentantenhaus, Washington D.C. 4.8.1998: [http://commdocs.house.gov/committees/security/has216010.000/has216010\\_0f.htm](http://commdocs.house.gov/committees/security/has216010.000/has216010_0f.htm)

<sup>44</sup> Andrew, Christopher/Mitrokhin, Vasilii: The Mitrokhin Archive. The KGB in Europe and the West, London 1999, S.467-469, 472-476, 482-487.

<sup>45</sup> Russian Threat Perception and Plans for Sabotage against the United States, Anhörung vor dem Military Research and Development Subcommittee des Committee on Armed Services, Washington D.C. 26.10.1999: [http://commdocs.house.gov/committees/security/has299010.000/has299010\\_0f.htm](http://commdocs.house.gov/committees/security/has299010.000/has299010_0f.htm)

<sup>46</sup> Lediglich in den frühen 80er-Jahren könnte m.E. eine entsprechende Bedrohungsperzeption in der sowjetischen Führung existiert haben. Eine der vornehmlichsten Aufgaben des GRU und des KGB war damals, nach Anzeichen zu suchen, die auf einen amerikanischen nuklearen Erstschatz hindeuteten. Diese Furcht muss von dem amerikanischen SDI-Programm noch unterstützt worden sein. In Erwartung eines Krieges wäre die Deponierung taktischer Atomwaffen sicherlich auf der Agenda.

Auch die Unklarheit, unter wessen Kontrolle die Rucksackbomben standen, konnte nicht ausgeräumt werden. Da der GRU laut Gordievsky ab den 70er-Jahren für Sabotageakte und ähnliche covert operations zuständig gewesen ist, könnte es durchaus sein, dass die Atomwaffen zunächst unter KGB-Kontrolle standen und dann dem GRU unterstellt wurden, womit also Lunevs Aussage gestützt wurde. Andererseits erklärte Yablokov ausdrücklich, die Waffen seien auch in den 70er-Jahren noch für den KGB hergestellt worden (siehe oben). Leider hilft das Mitrokhin-Archiv in diesem Fall nicht viel weiter: KGB-Archivar Vasili Mitrokhin brachte kaum Unterlagen über GRU-Waffendepots mit in den Westen, da – wie auch Gordievsky bestätigt – GRU und KGB nicht allzu viel Kontakt zueinander hatten.

Aussagen von Überläufern sind immer mit Vorsicht zu genießen, und so muss auch Lunevs Glaubwürdigkeit hinterfragt werden. An den Fragen mancher Ausschussmitglieder zu Lunevs "insider" Schilderungen des Vietnamkriegs und der amerikanischen Studentenbewegung in den 60er-Jahren merkt man, dass sie ihm nicht so recht glaubten.

Bei all seinen kontroversen Äußerungen als Buchautor<sup>47</sup>, in der Anhörung, aber auch als Kolumnist bei der bereits erwähnten Nachrichtenwebsite [newsmax.com](http://www.newsmax.com)<sup>48</sup>, die vielleicht skeptisch stimmen könnten, ist dennoch zu vermerken, dass Lunev im GRU eine Position innehatte, in der er Informationen über Waffenlager in NATO-Ländern erhalten hat. Zudem ist die These von der geplanten Deponierung an sich durchaus plausibel, wie auch Gordievsky bestätigt.

Atomwaffen oder nicht, der einfachste Weg dies herauszufinden, wäre freilich, wenn die USA eine Anfrage an Russland richten würden, wo sich die Lager befinden. Verwunderlicherweise hatte das jedoch laut Weldon bis Oktober 1999 noch nicht stattgefunden.

### 2.3 Irak und Mini-Nukes in Eigenproduktion?

Ein seit Jahren hoch gehandelter Kandidat als Terrorsponsor ist immer noch der Irak. Die einzige (bekannte) Informationsquelle über die ABC-Waffenprogramme Saddam Husseins sind neben Satellitenaufnahmen, die jedoch nur Außenansichten von Gebäuden zeigen, seit dem Ende der UN-Inspektionen irakische Überläufer. Angeblich haben die USA von einem 1998/1999 übergelaufenen Iraker Informationen erhalten, dass irakische Wissenschaftler es mittlerweile geschafft hätten, taktische Atomwaffen, die Rucksackbomben, nachzubauen. Diese Nachricht ist schwer zu überprüfen, da sich nicht alle Details der Verhöre mit diesen Überläufern über offene Quellen erschließen lassen. Allerdings geht die CIA in ihrem Bericht vom Oktober 2002 über das irakische Massenvernichtungswaffenprogramm nicht davon aus, dass der Irak tatsächlich in den Besitz nuklearer Waffen gelangt ist.<sup>49</sup> Vielmehr schätzt die

---

<sup>47</sup> Lunev, Stanislav: *Through the Eyes of the Enemy*, Washington D.C. 1997. In dem Buch behauptet Lunev u.a., die "Aum Sekte", die einen Giftgasanschlag auf die Tokyoter U-Bahn verübte, sei ein "star pupil" des GRU gewesen (S.32); während des Vietnam-Kriegs hätte so gut wie jede Gruppierung von Kriegsgegnern von GRU und KGB Unterstützung bekommen (S.78); auch habe der GRU Terrorgruppen aus allen möglichen Ländern ausgebildet oder gegründet (S.80).

<sup>48</sup> Eine Sammlung von Stanislav Lunevs Artikel für [newsmax.com](http://www.newsmax.com/pundits/archives/Col.StanislavLunev-archive.shtml) findet sich unter: <http://www.newsmax.com/pundits/archives/Col.StanislavLunev-archive.shtml>; zuletzt abgerufen am 28.8.2002.

<sup>49</sup> Central Intelligence Agency: *Iraq's Weapons of Mass Destruction Programs*, October 2002, zuletzt abgerufen am 21.10.2002 unter: [http://www.cia.gov/cia/publications/iraq\\_wmd/Iraq\\_Oct\\_2002.htm#04](http://www.cia.gov/cia/publications/iraq_wmd/Iraq_Oct_2002.htm#04)

CIA, dass der Irak zwar das Know-how besäße, um derartige Waffen herzustellen, Bagdad allerdings nicht über Zugang zu waffenfähigem Uran verfügt.

Davon abgesehen hat der Irak allerdings eine lange Geschichte als Produzent von Massenvernichtungswaffen: Durch die Aussagen des 1995 desertierten Chefs der irakischen Kommission für Militär und Industrialisierung, des Schwiegersohns Saddam Husseins, Hussein Kamel, wurden Iraks geheime Produktionsprogramme für ABC-Waffen bekannt, und Saddam Hussein musste auf Druck von UNO und USA UNSCOM-Inspektoren verstärkten Zugang zu seinen Waffenarsenalen gewähren. Seit die UN-Inspektoren wieder außer Landes sind, gibt es Grund zur Vermutung, dass Saddams Waffenprogramme wieder weiter gehen.

So finden sich einige Berichte jüngeren Datums über irakische ABC-Waffenprogramme, die in ihrer Glaubwürdigkeit freilich einigermaßen divergieren. Relativ seriös scheint der kurdischstämmige, irakische Überläufer Saeed al-Haideri, ein Ingenieur, der im August 2001 geflohen ist.<sup>50</sup> Er sagte aus, mindestens 20 Orte gesehen zu haben, an denen chemische und biologische Waffen produziert worden seien, ohne jedoch selber die Produktion beobachtet zu haben. Er selbst habe für die "Military Industrialisation Organisation" der irakischen Regierung gearbeitet sowie in einem ihr nahe stehenden Unternehmen, "Al Fao", bis er auf Grund gefälschter Beweise im Januar 2001 verhaftet worden sei und sich schließlich im Sommer 2001 seine Freiheit mit Bestechungsgeldern erkaufen konnte. Zudem bestätigte er Vermutungen der USA, Irak würde Waffenfabriken und Laboratorien z.T. unterirdisch in Wohngebieten anlegen. Dort habe er auch vermeintliche Wasserbecken gesehen, die mit Blei gefüllt waren, um Strahlung zu verdecken, wie er vermutete. Dies würde also auf ein Nuklearprogramm Iraks schließen lassen.

Der ehemalige Chef von Saddam Husseins Atomwaffenprojekt, Khidhir Hamza, warnte, der Irak könnte innerhalb weniger Monate Atomwaffen produzieren, gelänge er in Besitz spaltbaren Materials. Selbst Kontrollen durch die Internationale Atombehörde würden dann nichts nutzen, da diese ungeeignet seien, die Verarbeitung spaltbaren Materials in Kernwaffen zu entdecken. Es müsse daher versucht werden, dem Irak den Zugang zum Atom-schwarzmarkt der Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu verwehren.<sup>51</sup>

## 2.4 Technische Probleme

Der ehemals bei den russischen strategischen Raketenstreitkräften angesiedelte General Vladimir Dvorkin wies ebenso wie Yablokov darauf hin, dass atomare Sprengkörper einigermaßen regelmäßig gewartet und erneuert werden müssen, um zu funktionieren und nicht eher eine Bedrohung für den zu werden, der sie besitze, als für den, gegen den sie eingesetzt werden sollen. Als Lebensdauer für die Rucksackbomben geben Dvorkin und Yablokov sieben Jahre an.

Selbst diese für Atomwaffen lange Haltbarkeitsdauer könnte sich als zu kurz herausstellen, wenn man davon ausgeht, dass der unbefugte Zugang zu derartigen Waffen in der Zeit des Zerfalls der Sowjetunion am leichtesten war und ab dann nur noch Wartungen für in russischen Depots gelagerte Waffen stattgefunden haben. Interessant wäre, wie anspruchsvoll hinsichtlich Technik und Know-how die Wartung von derartigen Atomwaffen wäre. Curt

<sup>50</sup> Saddam Speeds Work on Nuclear Arsenal, in: The Times, 21.12.2001, S.1.

<sup>51</sup> Bunn, Matthew: The Demand for Black Market Fissile, in: Carnegie Analysis, 6.11.2001, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.ceip.org/files/nonprolif/templates/article.asp?NewsID=1731>

Weldon berichtet 1999 in einem Interview mit PBS von einem Gespräch mit dem damaligen russischen Verteidigungsminister Sergejew, in dem dieser erklärt habe, Russland habe Rucksackbomben besessen, sei aber gerade dabei, diese abzubauen, und werde bis zum Jahr 2000 alle zerstört haben.<sup>52</sup> Lunev und andere machen darauf aufmerksam, dass Aufbewahrung und Zündung der Waffen nicht ohne weiteres zu bewerkstelligen seien. Die Waffe müsse an eine stabile Energiequelle angeschlossen sein. Sobald die Energieversorgung unterbrochen werde, werde ein Signal an einen sowjetischen Satelliten ausgesandt. Darüber hinaus deaktiviere sich die Waffe selbstständig und umfassend, wenn irgend jemand sie unsachgemäß bediene.<sup>53</sup> Inwieweit Terroristen die notwendige Expertise für Wartung und die Bedienung besitzen, darf wohl bezweifelt werden.

### 3. Schlussbemerkung

Es kursiert eine Unmenge an Gerüchten und Vermutungen zum Thema Atomwaffen und Terrorismus. Bin Laden selbst hat es wiederholt zur religiösen Pflicht erklärt, Massenvernichtungswaffen zu akquirieren.

Die Antwort auf die Frage, ob al-Qaida derartige Waffen bereits besitzt, bleibt m.E. reine Spekulation. Dagegen spricht in erster Linie, dass bisher keine derartige Waffe zum Einsatz gekommen ist. Ebenso würde sich die Frage stellen, weshalb Al'Muhajir sich mit Planungen für den Bau einer radiologischen Bombe befasste, wenn al-Qaida über eine "richtige" Atombombe verfügte.

Sollte al-Qaida noch keiner Atomwaffe habhaft geworden sein, so sind die Chancen dafür seit dem 11. September 2001 schlechter geworden: Al-Qaida wird von einer internationalen Koalition unter Führung der Vereinigten Staaten gejagt. Die Nachrichtendienste haben, allen Schwierigkeiten zum Trotz, einige Fortschritte in punkto Terrorismusbekämpfung gemacht. Afghanistan ist als sichere Basis für al-Qaida verloren gegangen. Finanzielle Ressourcen der Terroristen sind ins Fadenkreuz der Ermittler geraten und wurden zumindest teilweise beschlagnahmt. Kein Staat kann (und will) es sich derzeit leisten, Terrorgruppen auch nur die geringste Unterstützung zu gewähren oder sie gar auf seinem Territorium zu dulden.<sup>54</sup>

Die Herstellung einer radiologischen Waffe wäre jedoch auch ohne große technische Infrastruktur oder staatliche Hilfe möglich und muss als realistische Bedrohung anerkannt werden. Dabei würde es sich zwar nicht um eine Massenvernichtungswaffe handeln, allerdings könnten wichtige Orte durch radioaktive Verstrahlung verseucht werden. Abgesehen vom wirtschaftlichen Schaden hätte dies auch eine sehr ausgeprägte psychologische Wirkung.

---

<sup>52</sup> PBS: Russian Roulette (Anm.17):  
<http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/russia/suitcase/comments.html>

<sup>53</sup> Feds looks for smuggled nukes in US, 21.12.2001 (Anm.29).

<sup>54</sup> Len Scott von der University of Wales, Aberystwyth, weist in diesem Zusammenhang auf eine weitere Parallele zwischen den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor hin: Pearl Harbor sei zwar auf amerikanischer Seite ein taktischer "intelligence-failure" vorausgegangen, auf japanischer jedoch ein strategischer: Japan hatte sowohl die Entschlossenheit als auch das Potenzial der USA unterschätzt und in Pearl Harbor den Kriegseintritt eines übermächtigen Gegners provoziert. Geht man davon aus, dass es Bin Ladens eigentliches Ziel ist, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen, so könnten sich die Anschläge von New York und Washington auf Grund der oben genannten Folgen für al-Qaida als strategische Fehleinschätzung erweisen.

Außerdem stellen auch Atomkraftwerke ein Angriffsziel für Terroristen dar. Ein Selbstmordanschlag im Stile des 11. Septembers mit sprengstoffbeladenen Lastwägen oder Minibussen bräuchte nur wenig technische Expertise. Weder Erwerb noch Schmuggel von atomaren Substanzen wäre notwendig, wodurch die Gefahr, ins Ziel von Fahndern zu geraten, erheblich verringert würde. Zerstörungspotenzial und psychologische Wirkung wären nichtsdestotrotz verheerend. Gerade Reaktoren, die mit hochangereichertem Uran betrieben werden, stellen ein besonders attraktives Ziel für derartige Anschläge dar.

Nuklearer Terrorismus ist also weiterhin eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden sollte.

#### 4. Ausgewählte Literaturvorschläge

Folgende Literaturverweise stellen kein Literaturverzeichnis des vorliegenden Bandes dar. Sie sollen vielmehr dazu dienen, eventuelle noch offene Fragen zu beantworten und Informationen über mit der Publikation zusammenhängende Themen anzubieten. Bei den Quellen handelt es sich entweder um offizielle Websites von Regierungen oder um Beiträge von in international renommierten Think Tanks ansässigen Wissenschaftlern.

#### Grundsätzliche Informationen

Central Intelligence Agency: Chemical/Biological/Radiological Incident Handbook, October 1998, abrufbar unter: [http://www.odci.gov/cia/publications/cbr\\_handbook/cbrbook.htm](http://www.odci.gov/cia/publications/cbr_handbook/cbrbook.htm)

Neuendeck, Götz: Terrorismus und Massenvernichtungswaffen – eine neue Symbiosis?, Vortrag bei der Tagung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, "Das Problem des Terrorismus als weltweites Phänomen", 1.-3. Dezember 1999, abrufbar unter: [http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/64\\_nesiegburg.pdf](http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/64_nesiegburg.pdf)

Eine interaktive Weltkarte mit Links zu allen diesbezüglich relevanten Staaten, abrufbar unter: <http://www.ceip.org/files/nonprolif/map/default.asp>

#### Nuklearer Terrorismus

Parish, Scott: Are Suitcase Nukes on the Loose?, Monterey Institute of International Studies, November 1997; <http://cns.miis.edu/pubs/reports/lebedlg.htm>

International Atomic Energy Agency: Inadequate Control of World's Radioactive Sources, 25.6.2002, abrufbar unter: [http://www.iaea.org/worldatom/Press/P\\_release/2002/prn0209.shtml](http://www.iaea.org/worldatom/Press/P_release/2002/prn0209.shtml)

Cordesman, Anthony H./Bruke, Arleigh A.: Radiological Weapons as Means of Attack, Center for Strategic and International Studies, 11/2001, <http://www.csis.org/burke/hd/reports/radiological.pdf>

Bunn, George/Zaitseva, Lyudmila: Guarding Nuclear Reactors and Materials from Terrorists and Thieves, International Atomic Energy Agency Symposium zum Thema Combating Nuclear Terrorism, 2.11.2001, abrufbar unter [http://www.iaea.org/worldatom/Press/Focus/Nuclear\\_Terrorism/bunn.pdf](http://www.iaea.org/worldatom/Press/Focus/Nuclear_Terrorism/bunn.pdf)



## **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten**

Cordesman, Anthony: Weapons of Mass Destruction in the Middle East, Regional Trends, National Forces, Warfighting Capabilities, Delivery Options, and Weapons Effects, Center for Strategic and International Studies, 16.6.2002, abrufbar unter: [http://www.csis.org/burke/mb/me\\_wmd\\_regionaltrends.pdf](http://www.csis.org/burke/mb/me_wmd_regionaltrends.pdf)

## **Russlands Rolle bei der Verbreitung von Atomwaffen**

Central Intelligence Agency/National Intelligence Council: Annual Report to Congress on the Safety and Security of Russian Nuclear Facilities and Military Forces, 2.2.2002, abrufbar unter: [http://www.odci.gov/nic/pubs/other\\_products/icarusiansecurity.htm](http://www.odci.gov/nic/pubs/other_products/icarusiansecurity.htm)

Spector, Leonard S.: Russian Exports of Sensitive Equipment and Technology, Statement vor dem US-Kongress, 6.6.2002, abrufbar unter: [http://www.senate.gov/~gov\\_affairs/060602specter.pdf](http://www.senate.gov/~gov_affairs/060602specter.pdf)

PBS frontline: Russian Roulette, gesendet am 23.2.1999, Transkript abrufbar unter: [http://www.pbs.org/wgbh/pa\\_ges/frontline/shows/russia/](http://www.pbs.org/wgbh/pa_ges/frontline/shows/russia/)

## **Irak**

Central Intelligence Agency: Iraq's Weapons of Mass Destruction Programs, October 2002, abrufbar unter: [http://www.cia.gov/cia/publications/iraq\\_wmd/Iraq\\_Oct\\_2002.htm#04](http://www.cia.gov/cia/publications/iraq_wmd/Iraq_Oct_2002.htm#04)

Cordesman, Anthony: If We Fight Iraq: Iraq and Its Weapons of Mass Destruction, Center for Strategic and International Studies, revidiert 28.6.2002, abrufbar unter: [http://www.csis.org/burke/mb/fightiraq\\_wmd.pdf](http://www.csis.org/burke/mb/fightiraq_wmd.pdf)

Hamza, Khidhir: Inside Iraq's Secret Weapons Program, Bulletin of the Atomic Scientists, September/Oktober 1998, Vol.54, No.5, abrufbar unter: <http://www.bullatomsci.org/issues/1998/mj98/mj98albright.html>

## **Iran**

Koch, Andrew/Wolf, Janette: Iran's Nuclear Facilities: A Profile, Center for Nonproliferation Studies des Monterey Institute for International Studies, abrufbar unter: <http://cns.miis.edu/pubs/reports/pdfs/iranrpt.pdf>

Cordesman, Anthony: Iran and Nuclear Weapon, Center for Strategic and International Studies, 7.2.2000, abrufbar unter: <http://www.csis.org/mideast/reports/irannuclear02072000.PDF>

## **Pakistan**

Albright, David: Securing Pakistan's Nuclear Weapons Complex, Thesenpapier für die Strategy for Peace Conference der Stanley Foundation, 25.-27.10.2001; auf der Website: [www.isis-online.org/](http://www.isis-online.org/)

Koch, Andrew/Topping, Jennifer: Pakistan's Nuclear-Related Facilities, The Nonproliferation Review, Volume 4, Number 3, 29.4.1997. Abrufbar unter: <http://cns.miis.edu/pubs/reports/pdfs/9707paki.pdf>

Kampani, Gaurav: Safety Concerns About the Command & Control of Pakistan's Strategic Forces, Fissile Material, and Nuclear Installations, Center for Nonproliferation Studies,

Monterey Institute for International Studies, 28.9.2001, abrufbar unter:  
<http://cns.miis.edu/research/wtc01/spna.htm>

### **Nordkorea**

Carnegie Endowment for International Peace, Proliferation News and Resources,  
Stoffsammlung zu Nordkorea abrufbar unter: <http://www.ceip.org/files/nonprolif/countries/country.asp?ID=5&country=Korea>

**Teil II**  
**Prioritäten und Rahmen-**  
**bedingungen für die Arbeit der**  
**Sicherheits- und Nachrichten-**  
**dienste nach dem 11. September**



## Zusammenfassung

Terrorismusbekämpfung geht weit über die normale Polizeiarbeit hinaus und muss spätestens seit dem 11. September 2001 als ein Kernbereich nachrichtendienstlicher Arbeit gelten. Als Erfolgsmaßstab zählt weniger die Zahl verhafteter Terroristen, sondern in erster Linie die Zahl der vereitelten Terroranschläge.

So wurde die Bedeutung von Bundesnachrichtendienst (BND), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und Militärischem Abschirmdienst (MAD) in der Gewährleistung der nationalen Sicherheit durch die Anschläge in den USA unterstrichen. In der Aufgabenstellung seitens der Politik rückte die Abwehr von Terrorismus an die Spitze der nachrichtendienstlichen Agenda. Die rechtlichen Grenzen für die Informationsbeschaffung wurden erheblich erweitert und Ressourcen für eine entsprechende Anpassung der Auswertungsebene bereit gestellt.

In der Aufgabenstellung ist vor allem hervorzuheben, dass Vereine und Gruppen, deren Bestreben sich gegen Völkerverständigung und friedliches Zusammenleben der Völker richtet, in den Fokus der Überwachung rücken.

Für die Informationsbeschaffung entstanden durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 eine Reihe neuer Möglichkeiten. Post-, Finanz- und Telekommunikations-Dienstleistungsunternehmen sowie Luftfahrtunternehmen werden verpflichtet, Daten über Kunden auf Antrag von BfV, MAD oder BND herauszugeben. Darüber hinaus muss es ein Ziel sein, Agenten in mit Terroristen sympathisierenden Gruppen zu platzieren, nicht zuletzt, da von dort aus eventuell in die Kerne aktiver Terrorgruppen vorgestoßen werden kann. Vor allem diese klassische Form der nachrichtendienstlichen Arbeit ist unabdingbar, will man Informationen über Netzwerke in Deutschland sowie im Ausland sammeln und geplante Anschläge verhindern.

Im Bereich Informationsauswertung wurden neue Stellen für Islamexperten geschaffen, die allerdings zum Teil erst noch zu besetzen sind. Um die Qualität nachrichtendienstlicher Arbeit in Deutschland in diesem Bereich langfristig zu sichern, müssen Fortbildungskapazitäten aufgebaut und Mitarbeiter gut bezahlt werden. Auch bedarf es guter Aufstiegschancen.

Im Folgenden soll neben den Reaktionen der deutschen Nachrichtendienste ein Überblick über diejenigen Konsequenzen gegeben werden, die bei den Diensten der USA und Großbritanniens sowie bei Europol aus den Anschlägen vom 11. September 2001 gezogen wurden.

Grundsätzlich lassen sich dort wie in Deutschland Veränderungen bei Aufgabenstellung, Beschaffung und Auswertung feststellen. Besonders interessant sind dabei die Vereinigten Staaten. Dort findet eine intensive und im Vergleich zu Deutschland sehr viel öffentlichere Diskussion über die amerikanische "Intelligence Community" statt. Nach einer ausführlichen Analyse der Probleme und Versäumnisse von CIA und FBI bei der Terrorbekämpfung werden derzeit Restrukturierungsmaßnahmen eingeleitet. Vor allem die Kooperation von FBI und CIA soll verbessert werden. Außerdem wurde jüngst eine einschneidende infrastrukturelle Veränderung beschlossen: Im neuen "Department of Homeland Security" wird eine ganze Reihe von für die Terrorabwehr relevante Zuständigkeiten wie Grenzsicherheit, Infrastrukturschutz oder Krisenmanagement gebündelt. Die nachrichtendienstlichen Kompetenzen zur Informationssammlung und -auswertung sind allerdings beschränkt.

Davon abgesehen stellt sich die Frage, inwieweit eine solche Riesenbehörde mit samt den organisatorischen Problemen, mit der sie zu Beginn unweigerlich zu kämpfen haben wird, tatsächlich einen signifikanten Beitrag zur nationalen Sicherheit leisten kann.

Als letzter Punkt wird schließlich die internationale Kooperation von Geheim- und Nachrichtendiensten behandelt. Da der Austausch von Daten und Informationen über international agierende Terrornetzwerke das Rückgrat des Kampfs gegen den Terrorismus ist, kommt diesem Bereich besondere Bedeutung zu.

## 1. Deutsche Nachrichtendienste gegen den Terrorismus

Der nachrichtendienstliche Beitrag zur Abwehr von terroristischen Gefahren innerhalb Deutschlands wird in erster Linie von Verfassungsschutz und MAD geleistet. Hier werden u.a. Informationen über "sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern" in Deutschland gesammelt und ausgewertet.<sup>55</sup>

Der deutsche Auslandnachrichtendienst BND muss Informationen über die internationalen Kommando- und Kommunikationsstrukturen der Terroristen sammeln, um Anleitung für die staatlichen Sicherheitsbehörden oder Streitkräfte geben zu können.

BND, BfV und MAD geben untereinander die Informationen weiter, die für den jeweiligen Dienst handlungsrelevant sein können.

Als Reaktion auf die Anschläge des 11. Septembers 2001 wurde in Deutschland eine Reihe von Veränderungen der Kompetenzen zur Beschaffung von Informationen durch Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden eingeführt. In der Öffentlichkeit stand dabei vor allem das Sicherheitspaket II, das vom Bundesinnenministerium geschnürt wurde. Innerhalb der Strafverfolgungsbehörden und bei den Nachrichtendiensten wurde eine Menge neuer Stellen geschaffen, die sich mit fundamentalistischen Islamisten im In- und Ausland beschäftigen sollen. Aufgabe der Nachrichtendienste im Kampf gegen den Terrorismus ist es, sowohl taktische Intelligence, d.h. Informationen über konkrete Anschlagpläne, ausführende Terrorzellen usw., als auch strategische Intelligence, d.h. Informationen über finanzielle Ressourcen, Planungskapazitäten und langfristige Entwicklungstrends innerhalb der Fundamentalismusszene, zu sammeln.

Um die notwendigen finanziellen Ressourcen für die deutsche Beteiligung am Krieg gegen den Terrorismus bereitstellen zu können, wurden die Versicherungs- und Tabaksteuer erhöht. Insgesamt wurden so 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz. Aufgaben, Befugnisse, Grenzen, Publikation des BfV, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.verfassungsschutz.de/publikationen/abg/index.html>

<sup>56</sup> Wie viel davon allerdings Nachrichtendiensten, Bundeswehr und Polizei zugeflossen ist, ist der "Welt am Sonntag" zufolge fraglich: Die Zeitung berichtete, dem Verfassungsschutz seien lediglich 9,7 Mio. Euro zugekommen. Siehe hierzu: Hühner gegen Terroristen, in: Welt am Sonntag, 18.8.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.welt.de/daten/2002/08/18/0818de351315.htx>

## 1.1 Veränderte rechtliche Rahmenbedingungen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die Sicherheitspakete I und II gegeben, um anschließend die Relevanz für BND, BfV und MAD zu untersuchen. Eine ganze Reihe der in den Sicherheitspaketen eingeführten Gesetzesänderungen ist für die Arbeit von Nachrichtendiensten nur von geringer Bedeutung oder bezieht sich in erster Linie auf die Verfolgung und Bekämpfung von Terrorgruppen und -sympathisanten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

### 1.1.1 Sicherheitspaket I

Das am 19. September 2001 vom Bundesinnenministerium vorgestellte Sicherheitspaket I ist aus nachrichtendienstlicher Sicht weniger relevant. Es beinhaltet die Streichung des so genannten Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz, sodass Gemeinschaften, die eine gemeinsame Weltanschauung pflegen, den gleichen Verbotskriterien unterliegen wie alle anderen Vereine.<sup>57</sup> Des Weiteren ist der in Sicherheitspaket I angekündigte Artikel 129b seit Anfang September 2002 ins Strafgesetzbuch aufgenommen.<sup>58</sup> Die Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen steht in Deutschland nunmehr unter Strafe, selbst wenn die Terrorgruppe in Deutschland keine Infrastruktur unterhält.

### 1.1.2 Sicherheitspaket II

Weitgreifendere Veränderungen für die Arbeit der deutschen Nachrichtendienste ergeben sich aus dem Terrorismusbekämpfungsgesetz, das seit 1. Januar 2002 in Kraft ist.<sup>59</sup> Die im Zusammenhang mit dieser Arbeit wichtigsten Veränderungen werden im Folgenden zusammengefasst.

Die Befugnisse von BND, MAD und BfV (sowie der Verfassungsschutzbehörden auf Länderebene) zur Beschaffung von Informationen werden darin um einige wesentliche Punkte erweitert. So dürfen MAD und BfV nun auch Informationen über Vereine und Gruppierungen sammeln, die Bestrebungen an den Tag legen, die "gegen den Gedanken der Völkerverständigung (...) insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (...) gerichtet sind".<sup>60</sup> Darüber hinaus können BND, MAD und BfV "im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsunternehmen und Finanzunternehmen (...) Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie am Zahlungsverkehr Beteiligten einholen, wenn dies zur Erfüllung [ihrer] Aufgaben nötig ist".<sup>61</sup> Die Dienste können somit also leichter Geldwäsche von Terrorgruppen aufdecken und internationale finanzielle Verflechtungen über Spendenflüsse und andere verdeckte Finanzierungswege nachvollziehen.

<sup>57</sup> Die islamistische Vereinigung "Kalifenstaat" wurde auf Grund der neuen Möglichkeiten im Vereinsgesetz am 12.12.2001 verboten. Pressemitteilung des Bundesministerium des Inneren, abgerufen am 28.8.2002: [http://www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilung/ix\\_65050.htm](http://www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilung/ix_65050.htm)

<sup>58</sup> Wer schützt uns vor dem Terror?, in: Die Welt, 21.4.2002, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.welt.de/daten/2002/04/21/0421de327604.htm>

<sup>59</sup> Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz), Download von der Website des Bundesministerium des Inneren unter: [http://www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix\\_66918.htm](http://www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix_66918.htm)

<sup>60</sup> BVerfSchG § 3 (1) 4, MADG § 1 (1).

<sup>61</sup> BVerfSchG § 8 (5), BNDG, § 2 (1a).

Postdienstleistungsunternehmen und Luftfahrtunternehmen sind ebenso wie Telekommunikations- Dienstleistungsunternehmen verpflichtet, den Diensten gegebenenfalls umfassende Daten einzelner Kunden zur Verfügung zu stellen.<sup>62</sup> Kommunikations- und Reisewege potenzieller Terroristen können durch diese so genannten G-10 Maßnahmen leichter nachverfolgt werden.

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sowie die Ausländerämter übermitteln bei Verdachtsfällen automatisch die Daten der entsprechenden Ausländer.<sup>63</sup>

Informations- und Datentransfer zwischen den Diensten werden rechtlich erleichtert, das Gleiche gilt für Intelligence-sharing mit ausländischen Diensten und Strafverfolgungsbehörden.<sup>64</sup> Ein Ausbau gemeinsamer Datensammelstellen ist im Sicherheitspaket nicht vorgesehen.

Im Rahmen einer teilweisen Neuformulierung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes wird eine Ausweitung des Personenkreises vorgenommen, der einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen wird. Der Begriff "lebenswichtige" oder "verteidigungswichtige" Positionen wird teilweise neu definiert.<sup>65</sup> Eine terroristische Infiltration derartiger Positionen soll so verhindert werden.

Neben Lichtbild und Unterschrift dürfen Pass und Personalausweis nun zusätzlich andere biometrische Merkmale enthalten, die auch in verschlüsselter Form in den Ausweis eingebracht werden. Diese Angaben sollen genutzt werden, um die Echtheit eines Ausweises und die Identität des Inhabers zweifelsfrei feststellen zu können.<sup>66</sup> Das Gleiche trifft für den Ausweisersatz zu, der neben Lichtbild und genauen Angaben zur Person ebenfalls biometrische Angaben in offener und verschlüsselter Form enthalten muss.<sup>67</sup> Bestehen Zweifel an den Angaben eines Ausländers über seine Herkunft, so ist es gestattet, seine Stimme zur Identifizierung der Herkunftsregion auf Tonband aufzunehmen.<sup>68</sup>

Die neuen Kompetenzen der Dienste werden in die bereits bestehenden Kontrollstrukturen integriert. So ist die Genehmigung zur Informationssammlung durch G-10 Maßnahmen ebenso wie das Einholen von Auskünften über Konten und Zahlungswege vom jeweiligen Präsidenten oder dessen Stellvertreter zu beantragen und zu begründen.<sup>69</sup> Bundesinnenministerium für BfV, Bundesverteidigungsministerium für MAD und Bundeskanzleramt für BND sind die jeweils Verantwortlichen in der Exekutive, die in der G-10 Kommission<sup>70</sup> des deutschen Bundestags jeden Monat im Vorhinein über geplante Einschränkungen des Art. 10 GG berichten und diese von der Kommission genehmigen lassen müssen.<sup>71</sup> Sollte Gefahr im Verzug sein, so können die Dienste allerdings auch mit Maßnahmen beginnen und die Genehmigung im Nachhinein einholen. Sollte die G-10 Kommission die

---

<sup>62</sup> BVerfSchG § 8 (8), BNDG § 8 (3a), MADG § 10 (3).

<sup>63</sup> BVerfSchG § 18 (1a).

<sup>64</sup> Ebd.

<sup>65</sup> Für die genaue Definition von lebenswichtig bzw. verteidigungswichtig siehe SÜG § 1 (5).

<sup>66</sup> BassG § 4 (3), (4); PersAuswG § 1 (4), (5).

<sup>67</sup> AuslG § 39 (1).

<sup>68</sup> AuslG § 41 (2), (3).

<sup>69</sup> BVerfSchG § 8 (9), BNDG § 2 (1a), § 8 (3a).

<sup>70</sup> Grundsätzlich obliegt die legislative Kontrolle der Nachrichtendienste allerdings dem Parlamentarischen Kontrollgremium, das auch die G-10 Kommission wählt.

<sup>71</sup> Artikel 10-Gesetz, § 15 (6).



Überwachungsmaßnahmen nicht billigen, so sind diese zu unterlassen bzw. sofort einzustellen.<sup>72</sup>

Die Ministerien müssen das Parlamentarische Kontrollgremium, das im deutschen Bundestag mit der Aufsicht über die Arbeit der Nachrichtendienste betraut ist, mindestens alle sechs Monate über Abhörmaßnahmen und durch Informationssammlung verursachte Einschränkungen des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses informieren.<sup>73</sup> Einmal jährlich legt das Bundesinnenministerium der Öffentlichkeit einen Bericht über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes vor.<sup>74</sup>

## 1.2 Sind die deutschen Dienste gerüstet?

Einige der Veränderungen waren in Anbetracht der Aktivitäten islamistischer Organisationen in Deutschland dringend geboten. So ist es äußerst wichtig, dass die Dienste verstärkt Informationen über Vereinigungen sammeln, die als TerrorismusSympathisanten einzustufen sind, auch wenn diese keine Aktivitäten verfolgen, die sich unmittelbar gegen die Bundesrepublik Deutschland richten. Einsicht in das Innenleben solcher Gruppen ist unerlässlich, um das Phänomen Fundamentalismus verstehen und langfristige Entwicklungslinien (z.B. in Richtung Radikalisierung) und Kooperationsnetzwerke innerhalb der Szene feststellen zu können. Durch die Platzierung oder Anwerbung menschlicher Quellen ("HUMINT") in Sympathisantengruppen ergibt sich überdies eventuell eine Möglichkeit, in den Kern nahe stehender aktiver Terrorzellen vorzustoßen, die anders fast nicht zu unterwandern wären. All dies sollte bedacht werden, bevor Vereine verboten werden und anschließend nur noch auf konspirativer Ebene operieren, wodurch das Einschleusen von verdeckten Ermittlern wesentlich erschwert bzw. bereits platzierte Agenten vielleicht enttarnt würden.<sup>75</sup> Menschliche Informationsquellen in diesen Kreisen sind eine *conditio sine qua non*, will man konkrete Aussagen nicht nur über terroristische Bedrohungspotenziale machen, sondern auch Wissen über konkrete Intentionen von Terrorgruppen gewinnen, um vorbeugend tätig werden zu können. Eine Rekrutierungsgruppe für den Verfassungsschutz wären beispielsweise auch Muslime, die an deutschen Hochschulen studieren.<sup>76</sup> Islamistische Fundamentalisten versuchen immer wieder, Leute aus diesem Personenkreis für ihre Ideologie zu gewinnen.

Da die These von den al-Qaida "Schläfern" in Deutschland mittlerweile vom Tisch sein dürfte,<sup>77</sup> sollte man überdies keine allzu großen Hoffnungen auf die Wiederbelebung von

---

<sup>72</sup> Eine ausführlichere Darstellung der Kontrolle der Nachrichtendienste durch die G-10 Kommission findet sich bei Rose-Stahl, Monika: Recht der Nachrichtendienste: Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst, Beiträge zur Inneren Sicherheit, Fachhochschule des Bundes, 2002, S.114-130, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: [http://www.fhbund.de/E2W-FHBund/internet.nsf/directframe/wir\\_ueber\\_uns?opendocument](http://www.fhbund.de/E2W-FHBund/internet.nsf/directframe/wir_ueber_uns?opendocument)

<sup>73</sup> BVerfSchG § 8 (10).

<sup>74</sup> BVerfSchG § 16 (2).

<sup>75</sup> Letztere Problematik könnte sich eventuell bei einem Verbot der Ableger von Hamas und Hisbollah in Deutschland ergeben, sollte es stimmen, dass beide Vereine in einem Umfang vom Verfassungsschutz unterwandert sind wie die NPD, vgl.: Heer der Hetzer, in: Der Spiegel, Nr.31, 29.7.2002, S.42f.

<sup>76</sup> Der britische MI5 hat eine derartige Initiative in Großbritannien eingeleitet (siehe S.36f).

<sup>77</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2001, 24.5.2002, S.212 (siehe Anm.224), abrufbar unter: [http://www.bmi.bund.de/publikationen/in\\_spezialpublikationen.html](http://www.bmi.bund.de/publikationen/in_spezialpublikationen.html); ebenso: Knapp, Ursula: These von islamistischen Schläfern bröckelt zusehends, in: Frankfurter Rundschau, 26.4. 2002.

Rasterfahndungen setzen. Es fehlen sinnvolle Kriterien, nach denen ein Raster gebildet werden könnte.<sup>78</sup>

Eine infrastrukturelle Schwäche im Bereich der Auswertung wurde mit der Einrichtung der so genannten "Informationboards" bereits vor dem 11. September angegangen.<sup>79</sup> Dort sammeln BfV, BND und BKA sämtliche gewonnenen Informationen zu den Themen "Internationaler Terrorismus" und "International organisierte Schleusungskriminalität". Informationen über religiösen/islamistischen Fundamentalismus sollten auch in diese Datensammlung mit einbezogen werden. Der Datenaustausch über das "Nachrichtendienstliche Informationssystem" (NADIS), in dem die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes miteinander vernetzt sind und an das auch BND und MAD angeschlossen sind, könnte sich für die erfolgreiche Prävention von Terroranschlägen als zu langsam erweisen: NADIS stellt lediglich eine Recherchehilfe dar und kein Sachinformationsregister. Über NADIS lassen sich das zur Person gehörige Aktenzeichen sowie einige personenbezogene Grunddaten abrufen, aus denen allerdings nicht einmal hervorgeht, weshalb die Person registriert wurde. Die weiterführenden Informationen müssen anschließend schriftlich bei der Behörde beantragt werden, die für die Einspeisung der Person in NADIS verantwortlich war<sup>80</sup> – ein mitunter zeitaufwändiges Unterfangen, bedenkt man, dass Militärischer Abschirmdienst und BfV in Köln angesiedelt sind, die Verfassungsschutzbehörden in den Bundesländern und der BND in Pullach bei München und in Berlin Zweigstellen unterhält. Der schnelle Zugriff auf vorhandene Informationen kann jedoch essenziell sein, wenn es darum geht, einen drohenden Anschlag zu verhindern.

In diesen Überlegungen sollte auch eine grundsätzliche Überarbeitung der föderalen Organisation des deutschen Verfassungsschutzes nicht tabu sein. Deutschland ist mit dieser Organisationsform im internationalen Vergleich ohnehin die Ausnahme.<sup>81</sup> Während bei einer zu strikten Zentralisierung aller Entscheidungsprozesse ein Mangel an Flexibilität zu befürchten ist, gälte es zu untersuchen, inwieweit durch interinstitutionelle Barrieren Ressourcen verschwendet werden bzw. Synergieeffekte ungenutzt bleiben. Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob die Verfassungsschützer auf Landesebene nicht in ihren Kapazitäten überfordert sind, wenn sie Rechtsextremismus- und Fundamentalistenszene überwachen und währenddessen noch effektive Spionageabwehr betreiben sollen.<sup>82</sup>

---

<sup>78</sup> Einem Bericht der "Welt am Sonntag" zufolge lauteten die Kriterien der Rasterfahndung im Herbst 2001: "... Ausländer aus Afghanistan, Saudi-Arabien, Algerien, Libyen, Irak, Iran, Jordanien, Syrien, Ägypten, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Libanon, aus Jemen, Sudan und Pakistan ... männlich, islamische Religionszugehörigkeit, ohne nach außen tretende fundamentalistische Grundhaltung', legaler Aufenthalt in Deutschland, keine eigenen Kinder und technisches Studium', Mehrsprachigkeit, keine Auffälligkeiten im allgemein kriminellen Bereich, rege Reisetätigkeit, häufige Visa-Anträge, finanzielle Unabhängigkeit sowie Flugausbildung", siehe hierzu Geheimbericht nennt Ziele der Rasterfahndung, in: Die Welt, 7.10.2001, S.1.

<sup>79</sup> Albert, Helmut: Informationsverarbeitung durch Nachrichtendienste am Beispiel der Verfassungsschutzbehörden, in: Guido Korte/ Manfred Zoller (Hrsg.), Informationsgewinnung mit nachrichtendienstlichen Mitteln: Rahmenbedingungen, Einsatzmodalitäten, Verarbeitungsaspekte, Beiträge zur Inneren Sicherheit, Fachhochschule des Bundes, Oktober 2001, S.106; zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: [http://www.fhbund.de/E2W-FHBund/internet.nsf/directframe/wir\\_ueber\\_uns?opendocument](http://www.fhbund.de/E2W-FHBund/internet.nsf/directframe/wir_ueber_uns?opendocument)

<sup>80</sup> Siehe: Bundesamt für Verfassungsschutz. Aufgaben, Befugnisse, Grenzen (Anm. 55).

<sup>81</sup> Rose-Stahl, M.: Recht der Nachrichtendienste, S.83 (Anm. 72).

<sup>82</sup> BND warnt vor neuem Terror, in: Die Welt, 14.7.2002, zuletzt abgerufen am 29.8.2002 unter: <http://www.welt.de/daten/2002/07/14/0714de344319.htm>

Um die Kooperation im Bereich Auswertung zwischen den Diensten zu verbessern, wäre es ratsam, auch angesichts des Mangels an Islamexperten eine gemeinsame Arbeitsgruppe von BND, MAD, Verfassungsschutz und eventuell BKA zu gründen. Die Trennung zwischen national und international ist bei Terrorgruppen wie al-Qaida nicht mehr gegeben, sodass auch zwischen den Behörden eine entsprechende Kooperationsinfrastruktur geschaffen werden sollte. Zudem liefe in einer solchen Terrorabwehrzentrale sämtliche Intelligence zum Thema Terrorismus zusammen und könnte mit weniger Personalaufwand ausgewertet werden, als in jeweils einzelnen Analysestäben benötigt würde.

Um die Qualität der Analysekapazitäten auf lange Sicht gewährleisten zu können, müssen Ressourcen für geeignete Trainings- und Fortbildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Durch Entlohnung und Karriereaussichten muss der Bereich Auswertung attraktiv gemacht werden.

Eine umfassende Privatisierung von nachrichtendienstlicher Arbeit weist auch keinen Weg aus den derzeitigen Schwierigkeiten. Allein über offene Quellen (OSINT)<sup>83</sup> lässt sich kein Krieg gegen konspirativ operierende Gruppierungen gewinnen. Andererseits sollten privaten Unternehmen keine nachrichtendienstlichen Beschaffungsmethoden gestattet werden. Zudem gilt es zu bedenken, dass eine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Unternehmen wohl genauso fatale Folgen hätte wie die Rivalität zwischen staatlichen Diensten: Informationen würden nicht oder nur verzögert weitergegeben, eine gemeinsame Analysetätigkeit unterbliebe.

Fraglich ist darüber hinaus, ob sich eine Regierung in diesem sicherheitspolitisch äußerst sensiblen Bereich eine Abhängigkeit von privaten Unternehmen erlauben kann und inwieweit ein solcher Schritt in der Bevölkerung akzeptiert werden würde. Eine Kooperation mit privaten Unternehmen, beispielsweise in den Bereichen Objektschutz, OSINT oder Grey Intelligence<sup>84</sup>, kann allerdings durchaus sinnvoll sein. Hier vorhandene Synergien sollten nicht ungenutzt bleiben.<sup>85</sup>

Von den neuen biometrischen Merkmalen ist in deutschen Pässen noch nichts zu sehen. Bei der neuen Kennzeichnungspflicht handelt es sich zwar um eine Maßnahme, die in erster Linie die Arbeit der Polizei erleichtern soll, dennoch sei darauf hingewiesen, dass ihr Beitrag zur Terrorismusbekämpfung in jedem Fall nur von eingeschränktem Wert sein dürfte. Die deutschen Pässe galten bisher bereits als sehr schwer zu fälschen, sodass Fälscher sich in erster Linie auf Dokumente anderer Staaten spezialisieren.<sup>86</sup> Um gefälschte deutsche Pässe, die im Ausland kursieren, zu identifizieren, müsste entsprechendes Know-how dorthin exportiert werden. Auf Grund der Freizügigkeit von Personen innerhalb der EU bedürfte es zudem eines weiter gefassten Ansatzes, beispielsweise der Einführung gesamteuropäischer Pässe und Personalausweise mit einheitlichen Sicherheitsmerkmalen. Derartige Schritte sind

---

<sup>83</sup> Open Source INTelligence umfasst alle öffentlich publizierten Informationen in Zeitungen, Büchern, Fernseh-, Radiosendungen usw., siehe auch Shulsky, Abram: Silent Warfare, New York 1993, S.40-42.

<sup>84</sup> Unter "Grey Intelligence" versteht man "intelligence which is not published or widely diffused, but to which access can be gained, provided one knows it exists and has adequate channels of communication", zitiert bei Herman, Michael: Intelligence Power in Peace and War, Cambridge 1996, S.102.

<sup>85</sup> Wie groß das Kooperationspotenzial ist, wird klar, wenn man bedenkt, dass davon ausgegangen werden kann, dass 40-50% der beim Verfassungsschutz gesammelten Informationen aus offenen Quellen stammen, siehe: Albert, H.: Informationsverarbeitung durch Nachrichtendienste (Anm. 79).

<sup>86</sup> Interview mit Alan Boucar: In Afrika stempeln sie mit Kartoffeln, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) Magazin, Nr.31, 2.8.2002, S.14-16.

allerdings noch nicht in Sicht. Abgesehen davon waren die wenigsten der Terroristen, die bisher in Deutschland festgenommen wurden, "Illegale" oder mit gefälschten Pässen ausgestattet.

Neue Kompetenzen für die Dienste bedürfen auch entsprechender Kontrollvorkehrungen seitens des Parlaments. Schließlich nimmt die Legislative stellvertretend für die Öffentlichkeit die höchste Position in der Kontrollhierarchie ein und hat weit reichende Rechte.<sup>87</sup> Die Zuständigkeit der G-10 Kommission bei der Genehmigung des Einsatzes der neuen Informationsbeschaffungsmöglichkeiten ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Eine enge Zusammenarbeit der Nachrichtendienste mit den parlamentarischen Kontrolleuren ist darüber hinaus auch insofern geboten, als gerade die Formulierung des Überwachungsziels in Art. 3 (1) 4 BVerfSchG einigen Raum für Interpretationen lässt<sup>88</sup>, die nicht von den Diensten allein vorgenommen werden sollten. Abgesehen davon wird dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) eine wichtige Rolle in der in fünf Jahren anstehenden Überprüfung des Gesetzes zukommen. Auch in dieser Hinsicht ist es also wichtig, dass das PKG möglichst gut informiert ist.

Zur Sicherstellung der Geheimhaltung ist allerdings äußerst wichtig, dass gerade auch in den parlamentarischen Gremien ein ausreichendes Maß an Expertise im Umgang mit geheimen Informationen herrscht.<sup>89</sup> Zudem sollten sich die Kontrollinstanzen nicht nur als Beschützer der Bürgerrechte betrachten, sondern auch auf effizienten und effektiven Ressourceneinsatz und Organisation der Nachrichtendienste achten und so eine Art Qualitätskontrolle darstellen.

Während die im Sicherheitspaket verabschiedeten Maßnahmen also einige Fortschritte bringen, muss bedacht werden, dass es sich lediglich um eine Veränderung von Paragraphen handelt, die selbst noch keinen Terroristen einfangen. Zwar ist der Eindruck falsch, islamischer Fundamentalismus habe bis zum 11. September 2001 auf der Landkarte der deutschen Dienste nicht existiert – wie beispielsweise bei der Lektüre der Verfassungsschutzberichte der vergangenen Jahre deutlich wird –, allerdings zielte der Schwerpunkt der Ressourcenallokation seit Jahren in erster Linie auf Überwachung und Penetration der Rechtsradikalen- oder Kurdenszene in Deutschland. Dadurch ist es zu Defiziten bei Beschaffung und Auswertung in anderen Bereichen gekommen, die sich nicht über Nacht ausbügeln lassen. Islamismusexperten mit entsprechenden Sprachkenntnissen (und Sicherheitsstufen) sind nur unzureichend vorhanden, viele der neu geschaffenen Stellen können nicht oder nur mit mangelhaft qualifiziertem Personal besetzt werden.<sup>90</sup>

Erschwert wird die Sache noch durch ein kulturelles Phänomen: Geheimdienste und Polizei haben in Deutschland bei breiten Schichten der Bevölkerung kein gutes Image, manch ein

---

<sup>87</sup> Artikel 10 Gesetz §§ 14-16, vor allem § 15 (5).

<sup>88</sup> So macht Erhard Denninger darauf aufmerksam, dass die Formulierung des Art 3 (1) 4 BVerfG "höchst unbestimmt und nahezu uferlos weit ist. Ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen ... kann ebenso darunter fallen wie die Forderung auf Anerkennung der 'Rückkehr' der Palästinenser oder die Unterstützung einer der zahllosen Autonomiebewegungen weltweit". Vgl.: Denninger, Erhard: Freiheit durch Sicherheit?, Anmerkungen zum Terrorismusbekämpfungsgesetz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/ 2002, S.22-30, 25.

<sup>89</sup> Andrew, Christopher: Counsel of War. Never tell the enemy that you can read his messages, in: The Times, times 2, 4.10.2001, S.2-3.

<sup>90</sup> Beispielsweise war von den durch das Sicherheitspaket II geschaffenen 241 neuen Analysestellen für Islamismusexperten beim BKA bis Mitte Juli noch keine besetzt worden. Siehe hierzu: Dringend gesucht: Echte Polizisten, in: Handelsblatt, 16.7.2002, S.10.

Islamexperte bevorzugt eine Laufbahn an der Universität gegenüber einem Job als Analyst bei BfV oder BND.

## 2. FBI, CIA und ein Department of Homeland Security

Keine anderen Geheimdienste gerieten nach dem 11. September so sehr in die Kritik wie das Federal Bureau of Investigation (FBI) und die Central Intelligence Agency (CIA).

Die Diskussion um den vermeintlichen "intelligence failure" im Vorfeld der Anschläge und die daraus zu ziehenden Konsequenzen wurden und werden in den USA sehr öffentlich geführt. Presse, Think Tanks und Politik beteiligen sich rege. Neben Gesetzesänderungen wie durch den "Uniting and Strengthening America by Promoting Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism" Act (USA PATRIOT Act)<sup>91</sup> sticht als infrastrukturelle Maßnahme vor allem die Gründung des Departments of Homeland Security (DHS) hervor.

### 2.1 Ein Amt für die Sicherheit Amerikas?

Unmittelbar nach dem 11. September hatte das Weiße Haus eine groß angelegte Umstrukturierung innerhalb der Administration abgelehnt und sich auf die Einrichtung eines "Office of Homeland Security"<sup>92</sup> beschränkt. Druck aus dem US-Kongress und das Bekanntwerden vermeintlicher Versäumnisse von FBI und CIA<sup>93</sup> im Vorfeld der Anschläge führten allerdings zu einem Stimmungswandel. Am 23. März 2002 erließ Bush die Anordnung zur Einrichtung eines "Homeland Security Councils",<sup>94</sup> am 6. Juni 2002 schließlich ging er mit Plänen für ein Department of Homeland Security (DHS) an die Öffentlichkeit.<sup>95</sup> Am 20. Juni 2002 stellt der designierte Chef der Behörde, Tom Ridge, das Projekt im US-Senat vor.<sup>96</sup>

Die Kernaufgaben des DHS sind die Vereitelung von Terroranschlägen in den USA, eine Reduzierung der Verwundbarkeit der USA gegenüber Terrorismus sowie Schadensbegrenzung und -behebung im Fall von Terroranschlägen. Die Leitidee hinter dem neuen Department ist, die bisher in verschiedenen Ministerien angesiedelten Behörden, die sich mit einer der oben genannten Aufgaben beschäftigen, an einer Stelle zu bündeln. Das DHS wird sich aus vier Abteilungen zusammensetzen:

Die Abteilung für Border and Transportation Security wird Heimat aller Behörden, die sich mit der Sicherheit der amerikanischen Grenzen, Transportinfrastruktur und

---

<sup>91</sup> Der USA PATRIOT Act ist über die Website des US-Senats abrufbar: [www.senate.gov](http://www.senate.gov); die Gesetzesnummer ist H.R. 3162 ENR

<sup>92</sup> Executive Order Establishing Office of Homeland Security vom 9.10.2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/10/20011008-2.html>

<sup>93</sup> Siehe S.32ff.

<sup>94</sup> Homeland Security Council Executive Order vom 21.3.2002, zuletzt abgerufen am 23.8. 2002 unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/03/20020321-9.html>

<sup>95</sup> President to Propose Department of Homeland Security, 6.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.8. 2002 unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020606.html>

<sup>96</sup> President's Bush Proposal for the creation of a Department of Homeland Security, Anhörung des Committee on Governmental Affairs des US-Senats, 20.6.2002. Schriftliches Statement von Tom Ridge: "The Department of Homeland Security: Making Americans Safer", zuletzt abgerufen am 23.8.2002.

Hoheitsgewässer beschäftigen (Coast Guards, Border Patrol, Transportation Security, Immigration Service etc.).

Die Abteilung für Emergency Preparedness soll alle Vorkehrungen koordinieren, die auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zur Vorbereitung bzw. Reaktion auf mögliche Terroranschläge stattfinden.

Die Abteilung für Chemical, Biological, Radiological, and Nuclear Countermeasures wird für den Schutz der amerikanischen Bevölkerung und Infrastruktur gegen Angriffe mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen Waffen zuständig sein. Zu diesem Zweck ist jeweils eine Unterabteilung für Forschung und Entwicklung, chemische Waffen und Substanzen, biologische Waffen und Substanzen sowie radiologisch/nukleare Waffen und Materialien eingerichtet worden.

Die Abteilung für Information Analysis and Infrastructure Protection schließlich soll terroristische Bedrohungsszenarien bewerten und Beurteilungen über die Verwundbarkeit kritischer Infrastruktureinrichtungen anfertigen. An sie sollen sämtliche Berichte, Einschätzungen oder sonstige Informationen zum Thema Terrorismus, die die amerikanische Intelligence Community hervorbringt, weitergeleitet werden. Ihr Zugang zu nachrichtendienstlich gesammelten, jedoch noch nicht ausgewerteten Informationen (so genannter "raw intelligence")<sup>97</sup> ist allerdings beschränkt.

Das DHS hat dem Plan der Regierung zufolge ca. 170.000 Mitarbeiter und wird mit einem jährliche Budget von ca. US\$ 37,5 Mrd. ausgestattet.

Die Pläne Bushs hatten das Repräsentantenhaus bereits passiert, hingen allerdings noch im mehrheitlich demokratischen US-Senat. Das "Committee for Governmental Affairs" fordert die Einrichtung einer "all-source analysis"-Ebene, auf der alle Informationen ausgewertet würden. Dies wird vom Präsidenten Bush, FBI-Chef Mueller sowie CIA-Chef George Tenet abgelehnt.<sup>98</sup> FBI und CIA versprochen, das DHS mit sämtlichen Intelligence-Berichten zum Thema Terrorismus zu versorgen und diese mit der niedrigst möglichen Geheimhaltungsstufe zu versehen, um eine ausreichende Zirkulation im DHS zu erlauben.<sup>99</sup> Mit Genehmigung des Präsidenten würde von Fall zu Fall auch "raw intelligence" weitergegeben.

Die Regierungspläne für das DHS sind nicht unumstritten. So kommen sowohl die "Brookings Institution"<sup>100</sup> als auch das "Center for Strategic and International Studies" (CSIS)<sup>101</sup> zu dem Schluss, der Vorschlag der Bush-Administration sei noch nicht ganz ausgereift.

Besonders kritisch ist Brookings: Das Department basiere auf keiner schlüssigen Strategie und versammle zu viele Funktionen, wodurch der Fokus auf Terrorismus teilweise verloren gehe. In einem von Brookings konzipierten Alternativentwurf beschränkt sich DHS auf die

---

<sup>97</sup> "Raw intelligence" bezeichnet nachrichtendienstlich erworbene Informationen, die noch nicht ausgewertet und für die Weitergabe an Entscheidungsträger aufbereitet worden sind. Ist dieser Prozess abgeschlossen, dann handelt es sich um "finished intelligence".

<sup>98</sup> Washington Post, 7.8.2002.

<sup>99</sup> Statement of FBI-Director Robert S. Mueller, Senate Committee on Governmental Affairs, 27.6.2002, Testimony of the director of Central Intelligence before the Government Affairs Subcommittee, 27.6.2002, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: [http://www.senate.gov/~gov\\_affairs/062702witness.htm](http://www.senate.gov/~gov_affairs/062702witness.htm)

<sup>100</sup> Daalder, Ivo/Destler, I.M. et al.: Assessing the Department of Homeland Security, Washington D.C. July 2002.

<sup>101</sup> Meeting the Challenges of Establishing a New Department of Homeland Security, A CSIS White Paper, Center for Strategic and International Studies, 28.6.2002.

Kernbereiche Border and Transportation Security, Infrastructure Protection und Intelligence Analysis. Weitere Kompetenzen sollten erst übertragen werden, wenn sich das Department konsolidiert hat und die verschiedenen Abteilungen zusammengewachsen sind. Anstatt der in den Regierungsplänen vorgesehenen 22 Behörden würden dem DHS Brookings zufolge nur elf Behörden einverleibt. Bis sich die interne Kommunikation eingespielt hat, wäre die Führung des Ministeriums wohl auch in der abgespeckten Form schon schwierig genug.

Bedenklich empfindet Brookings außerdem die unzureichende legislative Kontrolle über das Department. Im Gegensatz zum Überfluss an Aufgaben mangelt es dem DHS allerdings an Zugang zu Intelligence. Das Ministerium sollte zumindest mit einer begrenzten Weisungsbefugnis gegenüber FBI und CIA in punkto Beschaffung ausgestattet werden. Nachdem Bushs Republikaner in den Kongresswahlen im Oktober 2002 die Mehrheit im Senat errungen hatten, erhielt der Regierungsentwurf für das DHS auch dort eine Mehrheit. Die Reorganisation hat bereits begonnen.

## 2.2 Die vielgescholtenen Versager: FBI und CIA

Das FBI ist die Institution, die in den USA eigentlich für Terrorabwehr zuständig ist. Es ist also kaum verwunderlich, dass das FBI sich in der Diskussion über vermeintliche Versäumnisse in der Terrorabwehr mit massiver Kritik auseinandersetzen musste. Nicht viel besser erging es allerdings der CIA und ihrem Counter-Terrorist Center (CTC).<sup>102</sup>

Mängel zeigten sich in den Bereichen Beschaffung und Auswertung. Vor allem die Schwächen in der Verarbeitung und Weitergabe von Informationen und Daten verweisen darüber hinaus auf ein Problem, das in der amerikanischen Intelligence Community auch schon während des Kalten Kriegs präsent war: "Inter-agency rivalry", resultierend in mangelhafter Kooperation zwischen FBI und CIA. Alle Maßnahmen müssen sich also daran messen lassen, ob sie bei diesen Defiziten Abhilfe schaffen können.

### 2.2.1 Operative Kapazitäten

Nach den Skandalen der 60er- und 70er-Jahren wurden die Kompetenzen von CIA und FBI eingeschränkt und legislativer Kontrolle unterworfen.<sup>103</sup> Vor allem die Tätigkeit des FBI beschränkte sich immer mehr auf die einer Strafverfolgungsbehörde. Entsprechend zu kurz kam die Entwicklung nachrichtendienstlicher Expertisen, sodass es bereits seit den 80er-Jahren immer wieder Stimmen gab, die kritisierten, das FBI sei nur ungenügend mit Informationsbeschaffungskapazitäten im Bereich Terrorismus ausgestattet.<sup>104</sup>

<sup>102</sup> Subcommittee on Terrorism and Homeland Security, House Permanent Select Committee on Intelligence, "Counterterrorism Capabilities and Performance prior to 9/11", July 2002, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://intelligence.house.gov/Word/THSReport071702.doc>; darin werden auch die Defizite der National Security Agency (NSA) angesprochen. Zum FBI speziell siehe Elliott, Michael: They had a plan, in: The Time Magazine, 4.8.2002, zuletzt abgerufen am 23.08.2002 unter: <http://www.time.com/time/covers/1101020812/story.html>. Zum CIA siehe: The Hijackers We Let Escape, in: Newsweek, 3.6.2002, zuletzt abgerufen am 29.8.2002 unter: <http://www.msnbc.com/news/760647.asp>

<sup>103</sup> Für einen Überblick über die Verfehlungen der Dienste und die sich anschließenden Untersuchungen siehe beispielsweise Gill, Peter: Policing Politics: Security Intelligence in the Liberal Democratic State, London 1994 oder Andrew, Christopher: For the President's Eyes Only. Secret Intelligence and the American Presidency from Washington to Bush, London 1995, S.335-6, 354-5, 399-411, 422.

<sup>104</sup> So ein namentlich nicht genannter Mitarbeiter des US-Secret Service, zitiert bei Shulsky, A.: Silent Warfare, S.172 (Anm.83).

Dem soll nun durch Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb des FBI entgegengewirkt werden. 480 Mitarbeiter, die bisher mit der Verfolgung von Drogendelikten und ähnlichem befasst waren, sind mittlerweile der Abteilung Terrorismus zugeordnet worden. Darüber hinaus verabschiedete sich das FBI zumindest teilweise vom "criminal standard"-Kriterium:<sup>105</sup> Agenten erhalten von nun an größere Freiheiten, wenn es darum geht, religiöse Einrichtungen wie Moscheen zu überwachen oder Internetsites mit religiösem Inhalt zu überprüfen. Bisher war dem FBI der Zugang zu religiösen Einrichtungen nur gestattet, wenn konkrete Hinweise auf eine Straftat vorlagen.<sup>106</sup> Im USA PATRIOT Act und über präsidienziale Verordnungen<sup>107</sup> wurden die Rechte des FBI im Hinblick auf Abhörmaßnahmen und Festnahme von Terrorismusverdächtigen substantiell erweitert.

Um bürokratische Schwerfälligkeiten zu überwinden, wurden zudem Dezentralisierungsmaßnahmen vorgenommen: Im Bereich Terrorismusbekämpfung dürfen Field Agents jetzt eigenständig Ermittlungen einleiten, ohne, wie bisher nötig, die ausdrückliche Zustimmung der Zentrale eingeholt zu haben.

Zusätzlich will das FBI auch international seine Kapazitäten ausbauen. Ab Herbst 2002 sollen neue Verbindungsoffiziere, die derzeit noch ausgebildet werden, in andere Länder entsandt werden, um so die Kooperation mit den dortigen Diensten zu sichern. Gelder wurden beantragt, um weitere FBI-Außenstellen im Nahen Osten einzurichten. Die Vernehmungen gefangen genommener al-Qaida-Terroristen sollen bereits unter Leitung des FBI stattgefunden haben.<sup>108</sup>

Bei der CIA ist das Counter-Terrorist Center angesiedelt, dessen Aufgabe es ist, sich mit im Ausland aktiven Terrorgruppen zu beschäftigen. Wenn die These, es handle sich dabei um einen "Counter-terrorist Myth", in ihrer Pauschalität auch übertrieben sein mag, so wird sie doch in Teilen vom Untersuchungsbericht des Kongresses bestätigt.<sup>109</sup> Bei der Beschaffung von Informationen über islamistische Terroristen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien existieren vor allem bei der HUMINT Defizite. Hinzu kommen CIA-interne Rivalitäten zwischen CTC und der Abteilung, die für den Nahen und Mittleren Osten zuständig ist, wodurch eine effektive Anti-Terrorarbeit zusätzlich erschwert wird.

Entsprechend waren denn auch die Reaktionen in der Agency: Die Informationsbeschaffung durch menschliche Quellen sollen ausgebaut und ein neues, den Bedrohungen angepasstes Agentenprofil entwickelt werden. Im Ausland werden verstärkt Agenten angeworben; insgesamt soll die Zahl der Spione um 70% steigen. Das Personal im "Directorate of Operations", wo auch das CTC angesiedelt ist, soll um ein Viertel aufgestockt werden.<sup>110</sup>

---

<sup>105</sup> Für eine Diskussion des Criminal Standards siehe ebenda, S.164-175.

<sup>106</sup> FBI Given More Latitude. New Surveillance Rules Remove Evidence Hurdle, in: Washington Post, 30.5.2002, S.A1.

<sup>107</sup> President Issues Military Order, 13.11.2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/11/20011113-27.html>

<sup>108</sup> Terrorism Focus Set For FBI, in: Washington Post, 29.5.2002, S.A01; Bender, Bryan: FBI responds to re-address the terrorist threat, in: Jane's International Security News, 3.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: [http://www.janes.com/security/international\\_security/news/misc/janes020603\\_1\\_n.shtml](http://www.janes.com/security/international_security/news/misc/janes020603_1_n.shtml)

<sup>109</sup> Gerecht, Reuel Marc: Peshawar, the Counter-terrorism Myth, in: The Atlantic Monthly, July/August 2001, zuletzt abgerufen am 23.8. 2002 unter: <http://www.theatlantic.com/issues/2001/07/gerecht.htm>. Der Kongressbericht stellt aber auch fest, dass die CIA durchaus einige Erfolge in der Terrorismusbekämpfung zu verzeichnen hat.

<sup>110</sup> CIA wirbt neue Agenten an, in: Süddeutsche Zeitung, 25.7.2002, S.7; The Slowly Changing Face of the CIA Spy, in: Washington Post, 9.8.2002, S.A 01.



Darüber hinaus war die CIA schon sehr bald nach dem 11. September mit ihrer "Special Activities Division" in Afghanistan und Pakistan präsent.<sup>111</sup> Seitdem ist der Operationsradius erheblich ausgeweitet worden. Bob Woodward zufolge ermächtigte US-Präsident George W. Bush die CIA in 80 Ländern, mit "covert actions" gegen Terroristen vorzugehen.<sup>112</sup> Das Spektrum umfasse dabei neben Propagandamaßnahmen oder der Unterstützung für befreundete Nachrichten- und Sicherheitsdienste auch Operationen, die die Zerschlagung von Terrorgruppen und die Tötung von Terroristen zum Ziel hätten. Dem Bericht zufolge ist auch besonders der Irak ins Visier der Agency gerückt: Neben Unterstützung der irakischen Oppositionsgruppen innerhalb und außerhalb des Landes und einer Verstärkung der Spionagemassnahmen im Irak wurden CIA-Spezialeinheiten autorisiert, Saddam Hussein zu töten, sollten sie dazu in "Selbstverteidigung" gezwungen sein. Dies ist eine kaum verhohlene Abkehr von der Direktive Gerald Fords, der zufolge die Ermordung ausländischer Staatsoberhäupter für die CIA tabu war.

### 2.2.2 Auswertung, Intelligence-sharing und Kooperation

Das geringe institutionsinterne Ansehen von Terrorismus-Analysten beim FBI, die schlechte technische Ausstattung der Agenten sowie die oft grundsätzlich ablehnende Haltung im FBI-Hauptquartier gegenüber risikoreich erscheinenden Ermittlungsvorschlägen aus den Regionalbüros stellen Probleme dar, die nicht durch Gesetzesänderungen wie den USA PATRIOT Act gelöst werden können.<sup>113</sup> Auch bei der CIA machte der Kongress einige Mängel auf der Auswertungsebene aus: Vor allem die Sprachkenntnisse der Mitarbeiter seien ungenügend, auch müssten die existierenden Trainingsprogramme verbessert werden. Die Bedrohungsanalysen der CIA seien zu abstrakt gehalten gewesen, sodass sie nur eine eingeschränkte Verwertbarkeit für Entscheidungsträger besessen hätten.

Das FBI verkündete Ende Mai 2002 eine Reihe von Reformen, durch die eine partielle Transformation der Strafverfolgungsbehörde zu einer "counter-terrorism agency" vollzogen werden soll. FBI-Chef Robert S. Mueller III plant, 900 neue Computerexperten, Übersetzer und Wissenschaftler zu engagieren. Durch interne Umstrukturierungen werden weitere 480 Agenten, die bisher mit der Bekämpfung von Drogenhandel und anderen Delikten beschäftigt waren, im Bereich Terrorabwehr eingesetzt. 400 neue Analystenstellen wurden geschaffen. Insgesamt wären damit 2.600 Agenten im Bereich Terrorabwehr tätig, beinahe ein Viertel der gesamten personellen Ressourcen des FBI.<sup>114</sup>

In der ganzen Diskussion um die "intelligence failure" vor dem 11. September wurde jedoch auch Eines klar: CIA und FBI litten insgesamt gesehen bei der Verfolgung von Terroristen durchaus nicht an einem Mangel an Informationen. Zwei der Attentäter waren bereits seit Dezember 1999 auf der watch-list der CIA.<sup>115</sup> Obwohl der Agency bekannt war, dass die

---

<sup>111</sup> CIA's Stealth War Centers on Eroding Taliban Loyalty and Aiding Opposition, in: Washington Post, 10.10.2001, S.A1; Andrew, Christopher: How we won the Spy Game, in: The Times, 10.12.2001, S.4.

<sup>112</sup> President Broadens Anti-Hussein Order, in: Washington Post, 16.6.2002, S.A 01.

<sup>113</sup> van Natta jr., Don/Johnston, David: Wary of Risk, Slow to Adapt, F.B.I. Stumbles in Terror War, in: New York Times, 2.6.2002, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.nytimes.com/2002/06/02/national/02FBI.html>

<sup>114</sup> Terrorism Focus Set For FBI, in: Washington Post, 29.5.2002, S.A01; Mueller FBI Will Fill 900 Openings, in: Washington Post, 22.6.2002, S.A10.

<sup>115</sup> The Hijackers We Let Escape, in: Newsweek, 10.6.2002, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://stacks.msnbc.com/news/760647.asp#BODY>

beiden Terroristen sich in den USA aufhielten, wurden FBI und die US-Einwanderungsbehörde INS erst am 23. August 2001 über die potenziellen Terroristen informiert, zu spät, um die notwendigen Verknüpfungen rechtzeitig herzustellen.<sup>116</sup> Die Probleme lagen hier also vor allem in der schlechten Kooperation und der damit verbundenen unzureichenden Weitergabe relevanter Informationen.

Während die Rivalität zwischen FBI und CIA über lange Jahre legendär war, wird neuerdings Kooperation bei beiden Diensten groß geschrieben. 50 CIA-Mitarbeiter werden über die 56 "Field Offices" des FBI in den USA verteilt, in der Zentrale in Washington werden 25 Anti-Terror-Analysten des CIA als neue Mitarbeiter im Bereich Auswertung an das FBI ausgeliehen.<sup>117</sup> Das neue "Office for Intelligence" des FBI wird sogar von einem CIA-Veteran geleitet. Nach Plänen des FBI sollen dort alle Auswertungskompetenzen für die Bereich Terror- und Spionageabwehr zusammenlaufen.

### 2.2.3 Die US-Dienste – gerüstet für die Terrorabwehr?

Bei FBI wie CIA versucht man, aus den Fehlern der letzten Jahre zu lernen und mit einer Reihe von Reformen den neuen Aufgaben gerecht zu werden. Folgerichtig bemühen sich die Dienste, Agenten anzuwerben oder auszubilden, die sich auch in den Straßen Pakistans oder Saudi-Arabiens bewegen können, ohne gleich als CIA- oder FBI-Mitarbeiter erkannt zu werden. Logischerweise kommt dabei den so genannten "nonofficial cover officers" (nocs)<sup>118</sup> genauso wie der Rekrutierung von Informanten in Ländern wie Afghanistan, Sudan oder Pakistan eine besondere Bedeutung zu. Die USA brauchen in jedem Fall eigene Agentennetzwerke, wollen sie die Abhängigkeit von regionalen Geheimdiensten verringern.<sup>119</sup>

Die Bilanz im Hinblick auf rechtliche Kompetenzerweiterung fällt zwiespältig aus. Während einige der Neuerungen der FBI-Kompetenzen, beispielsweise die Erlaubnis, Untersuchungen in religiösen Einrichtungen anzustellen, für die Terrorbekämpfung sinnvoll sind, fällt die Kosten-Nutzen-Relation<sup>120</sup> anderer Maßnahmen weniger klar aus. So stellt die Erlaubnis, Verhaftungen vorzunehmen, ohne die Gründe dafür nennen oder einen Prozess einleiten zu müssen, eine unproportionale Einschränkung rechtsstaatlicher Prinzipien dar. Ursprünglich sollten nicht einmal die Namen der Verhafteten publik gemacht werden. Ein US-Gericht urteilte mittlerweile jedoch, dass dies nicht akzeptabel sei.<sup>121</sup>

<sup>116</sup> Ein FBI-Mitarbeiter räumt in besagtem Newsweek-Artikel allerdings auch ein, dass, selbst wenn alle 19 Attentäter bekannt gewesen wären, der 11. September unter Umständen nicht anders verlaufen wäre: "We would have had the FBI watching them get on the plane in Boston and calling Los Angeles 'Could you pick them up on the other end?'" Diese Feststellung verweist auf die Probleme des FBI, die Operationskultur der al-Qaida zu verstehen, und somit wieder auf die Mängel im Bereich Auswertung.

<sup>117</sup> Terrorism Focus Set For FBI, in: Washington Post, 29.5.2002, S.A01; Bender, Bryan: FBI responds to re-address the terrorism threat, in: Jane's International Security News, 3.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.08.2002 unter: [http://www.janes.com/security/international\\_security/news/misc/janes020603\\_1\\_n.shtml](http://www.janes.com/security/international_security/news/misc/janes020603_1_n.shtml)

<sup>118</sup> Ein "noc" benutzt als Tarnung weder einen Diplomatenstatus noch sonst irgendeinen Posten, der ihn mit der amerikanischen Regierung in Verbindung bringen würde. Er tritt als Journalist, Unternehmer oder Ähnliches auf, in der Hoffnung, nicht als Agent identifiziert zu werden. Für eine weiter gehende Typologisierung von Agenten, siehe Shulsky, A.: Silent Warfare, S.12-18 (Anm.83).

<sup>119</sup> Spy Game: Changing the Rules So the Good Guys Win, in: New York Times, 2.6.2002, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter: <http://www.nytimes.com/2002/06/02/weekinreview/02WISE.html>

<sup>120</sup> Kosten stellen in diesem Sinne Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten sowie rechtlicher Prinzipien dar, Nutzen ist als Zunahme der Sicherheit zu verstehen.

<sup>121</sup> USA müssen Namen der Terror-Verdächtigen nennen, in: Süddeutsche Zeitung, 5.8.2002, S.6.

Das Prinzip der gegenseitigen Kontrolle von Judikative, Exekutive und Legislative, das so genannte System der "Check and Balances", wird durch die seitens der Regierung angestrebte Konzentration von Kompetenzen in Hand der Exekutive gestört.<sup>122</sup> Dieser Trend wird auch bei den Regierungsplänen für das "Department of Homeland Security" deutlich.

Ein Mehr an Informationen ist zudem nur dann hilfreich, wenn Kapazitäten vorhanden sind, diese auch zu verarbeiten. Vor allem bedarf es also mit Kultur und Sprachen Zentralasiens und Arabiens vertrauten Personals. Die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von Analysten wird nach Meinung Frederick Hitz allerdings noch bis zu zehn Jahre dauern.<sup>123</sup>

In Anbetracht dieses langen Zeitraums (und nicht nur deshalb) müssen also Strukturen geschaffen werden, um die vorhandenen Kapazitäten im Bereich Auswertung besser zu nutzen, d.h. die Kooperation zwischen FBI und CIA muss verbessert werden. Die unter 2.2.2 beschriebene personelle Verwebung der beiden Dienste ist ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Möglichkeit zur Festigung ist die weitere Institutionalisierung der Kooperation, beispielsweise durch einen Ausbau des "Office for Intelligence". In einer solchen Institution, in der auch das DHS vertreten sein müsste, könnten alle Informationen zum Thema Terrorismus gesammelt und ausgewertet werden.

Die derzeitige Verbundenheit von FBI und CIA dürfte wohl auch daher rühren, dass beide Dienste einen Kompetenzverlust zu Gunsten des DHS fürchten. Wie es derzeit den Anschein hat, können beide Organisationen ihre Stellung gegenüber dem neuen Department behaupten und gleichzeitig ihre parallelen Strukturen weitgehend beibehalten. So kann also nicht ausgeschlossen werden, dass trotz aller Beteuerungen die alten "turf-battles" wieder von Neuem beginnen. Unter Umständen findet sich im DHS sogar noch ein dritter Teilnehmer.

Der Einsatz von Spezialeinheiten hinter feindlichen Linien wird in der amerikanischen Bevölkerung wohl nur solange unterstützt werden, als dabei keine negativen Schlagzeilen produziert werden oder – sollte es dennoch Fehlschläge geben – diese nicht an Orten stattfinden, deren Bedeutung beim Kampf gegen den Terror nicht ersichtlich ist.

Die Spezialkräfte der CIA könnten bald Konkurrenz aus dem US-Department of Defense (DoD) bekommen. Gibt US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nämlich grünes Licht für die Pläne des Chefs des "Special Operations Command", General Charles Holland, den Krieg gegen den Terror mit einer Ausdehnung verdeckter Operationen gegen Terroristen seitens der US-Army voranzutreiben, so ist mit einer dramatischen Ausweitung von Missionen zu rechnen, die laut Holland "aggressive, unilateral and behind the scenes" sein werden.<sup>124</sup> Das Verhältnis von CIA und DoD war in der Geschichte oftmals recht kritisch<sup>125</sup>,

---

<sup>122</sup> Fighting Terrorism at Home: Rough Justice, in: Time, 2.12.2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.time.com/time/nation/article/0,8599,186603,00.html>; Herman, Susan: The USA Patriot Act and the US Department of Justice: Losing our Balances?, 3.12.2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://jurist.law.pitt.edu/forum/forumnew40.htm>

<sup>123</sup> Hitz, Frederick: Not Just a Lack of Intelligence, a Lack of Skills, in: Washington Post, 21.10.2001, S.B03; Hitz war langjähriger CIA-Mitarbeiter und unter US-Präsident Bill Clinton "Inspector General" der Agency.

<sup>124</sup> Aggressive New Tactics Proposed for the Terror War, in: Washington Post, 3.8.2002, S.A01.

<sup>125</sup> Beispielsweise der Vorwurf seitens Teilen des Militärs, der CIA unterliege einem "arms control bias", die Diskussionen um die Domino-Theorie, "Order of Battle"-Kontroverse und die Beurteilungen strategischer Bombardements im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg, vgl. beispielsweise: Wirtz, James: Intelligence to Please? The Order of Battle Controversy during the Vietnam War, in: Political Science Quarterly, Vol.106, No.2, 1991, S.239-263; Andrew, Ch.: For the President's Eyes Only, S.360, 423 (Anm.103).

sodass zu befürchten ist, dass es auch in diesem Fall zu Kompetenzstreitigkeiten und Rivalitäten kommen könnte.

Grundsätzlich bergen derartige Engagements darüber hinaus immer die Gefahr einer schleichenden Eskalation sowie diplomatischer Komplikationen. Sie stellen jedoch andererseits einen "dritten Weg" zwischen diplomatischem Druck und offener militärischer Intervention dar.

Eine Mitschuld an den Defiziten bei FBI und CIA trifft auch den amerikanischen Kongress. In den letzten Jahren fanden kaum Kontrollen hinsichtlich Effektivität und Effizienz des Ressourceneinsatzes bei den Diensten statt, in erster Linie wurde auf "political correctness" geachtet.<sup>126</sup> Dies hat sich seit dem 11. September nicht zuletzt durch die Tätigkeit der Untersuchungskommission des Kongresses geändert. Umso wichtiger ist es jetzt allerdings, nicht über das Ziel hinauszuschießen und Effizienz über alles zu stellen. Gerade mit Blick auf die erweiterten Befugnisse von FBI und CIA muss der Kongress darauf achten, dass es zu keiner Verselbstständigung der Geheimdienste kommt. Wie bereits erläutert, drohen auch hinsichtlich der legislativen Kontrollrechte gegenüber dem DHS einige Defizite.

### 3. Reaktionen in Großbritannien

Einer der Sicherheitsdienste mit der größten Expertise in Sachen Terrorismusbekämpfung ist der britische MI5. Seit den 70er-Jahren besaß man dort immer eine Quelle in der Führungsetage der irischen Terrororganisation IRA. Wie andere Geheimdienste musste jedoch auch der MI5 nach den Anschlägen von New York und Washington einräumen, die Gefahr, die von islamistischem Terrorismus ausgeht, unterschätzt zu haben.

Auch auf der Insel wurden entsprechend der neuen Bedrohungswahrnehmung Neujustierungen im Bereich Beschaffung und Auswertung vorgenommen. Schon bald nach den Anschlägen kündigte der MI5 an, die Rekrutierung von Studenten an Hochschulen mit einem hohen Anteil von Muslimen voranzutreiben.<sup>127</sup> Da fundamentalistische Organisationen wie Al-Muhajiroun oder Al-Maddad in Großbritannien als so genannte "Frontorganisationen" Fundraising und Rekrutierungen von terroristischen Nachwuchskräften betreiben,<sup>128</sup> bietet sich so eine Möglichkeit, Agenten in fundamentalistische Kreise einzuschleusen.<sup>129</sup> Darüber hinaus ist es Taktik des MI5, auch bei aktiven Terrorgruppen mitunter von Verhaftungen abzusehen und sich lieber auf Überwachung und Unterwanderung zu beschränken.<sup>130</sup>

---

<sup>126</sup> So zitierte die New York Times nicht namentlich genannte FBI-Mitarbeiter, die behaupten, den Hinweisen auf vermehrte muslimische Flugschüler in US-Flugschulen sei nicht weiter nachgegangen worden, weil befürchtet wurde, dass sie im US-Kongress wegen "racial profiling" kritisiert zu werden würden, siehe van Natta jr., D./Johnston, D.: Wary of Risk (Anm. 113).

<sup>127</sup> MI5 to recruit Muslim spies to break Islamist networks, in: Daily Telegraph, 30.9.2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter:  
<http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2001%2F09%2F30%2Fnhunt130.xml>

<sup>128</sup> Young Britons heed the call to arms for holy war, in: Daily Telegraph, 29.12.2000, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter:  
<http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2000%2F12%2F29%2Fnmus129.xml>

<sup>129</sup> Eine ähnliche Kampagne war vor einigen Jahren schon einmal aufgenommen worden, damals allerdings ohne großen Erfolg.

<sup>130</sup> Bin Laden British Cell Planned Gas Attack on European Parliament, in: Daily Telegraph, 16.9.2001, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter:

In einem seiner äußerst seltenen öffentlichen Statements forderte der MI5 die Briten dazu auf, den Kampf gegen den Terror durch das Melden verdächtiger Beobachtungen zu unterstützen.<sup>131</sup>

Auch in Großbritannien wurde als Reaktion auf den 11. September ein Gesetzespaket zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet, der "Anti-Terrorism, Crime, and Security Act 2001".<sup>132</sup> Neben Sicherheitsmaßnahmen für Flughäfen, Atomkraftwerke und ähnliche potenzielle Angriffsziele für Terroristen wurden die Kompetenzen der britischen Polizei erweitert, der Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden erleichtert und die Schwelle für ein juristisches Vorgehen gegen potenzielle Terroristen gesenkt. Durch Erklärung eines "öffentlichen Notstands" wurde sogar eine Einschränkung der Europäischen Menschenrechtskonvention verabschiedet, sodass des Terrorismus Verdächtige ohne Prozess oder Vorlage von Beweisen inhaftiert werden konnten. Ein britisches Gericht erklärte mittlerweile die auf dieser Rechtsgrundlage erfolgte Inhaftierung neun des Terrorismus verdächtiger muslimischer Ausländer als gesetzeswidrig. Das Urteil wurde allerdings mit der ausländerdiskriminierenden Umsetzung des Gesetzes begründet, nicht mit grundsätzlichen Bedenken gegen die Einschränkung der Menschenrechtskonvention.<sup>133</sup> Innenminister David Blunkett legte Berufung gegen das Urteil ein.

Besonders wichtig aus Sicht der Nachrichtendienste ist die Einrichtung eines nationalen Netzwerks aus Polizei, der Special Branch der Metropolitan Police, Scotland Yard und MI5.<sup>134</sup> Zudem wurde eine Erhöhung der für MI5 und MI6 zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen um £20 Millionen genehmigt, der britischen Polizei wurde eine Budgeterhöhung von 30 Millionen zuteil.<sup>135</sup> Im Haushaltsjahr 2002 wurde der neuen Bedrohung durch eine veränderte Ressourcenallokation Rechnung getragen: Der MI5 erhöhte sein Budget für Terrorismusbekämpfung von £44 auf £72 Millionen. Einsparungen wurden bei der Spionageabwehr im Bereich Industriespionage sowie bei der Geheimdienstkooperation vorgenommen. Letzter Posten ist jetzt auf die einzelnen Abteilungen verteilt.<sup>136</sup>

#### 4. Internationale Kooperation gegen den Terrorismus

Die nationalen Dienste für sich wären mit der Überwachung international agierender Terroristen jedoch überfordert. Neben den innerstaatlichen Kooperationsebenen bedarf es

---

<http://www.portal.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2001%2F09%2F16%2Fwbin16.xml>

<sup>131</sup> MI5 raises the stakes in war on terrorism, in: Daily Telegraph, 16.6.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter:

<http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2002%2F06%2F16%2Fnspies16.xml>

<sup>132</sup> Eine ausführliche Zusammenfassung des Gesetzespakets ist abrufbar auf der Website des britischen Innenministeriums, zuletzt abgerufen am 29.8.2002 unter:

<http://www.homeoffice.gov.uk/oicd/antiterrorism/atcsa.htm>

<sup>133</sup> Dürftige Beweise gegen Islamisten, in: Der Spiegel, Nr.32/2002, S.98-99; Told you so. A setback for the government's anti-terrorism measures, in: The Economist, 3.-9.8.2002, S.30.

<sup>134</sup> Police monitor '100 bin Laden extremists in Britain', in: Daily Telegraph, 10.1.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter:

<http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2002%2F01%2F10%2Fnsom210.xml>

<sup>135</sup> Police get an extra £30m, in: Daily Telegraph, 28.11.2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter:

<http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2001%2F11%2F28%2Fnbsec28.xml>

<sup>136</sup> Siehe Anm.130.

daher auch einer engen internationalen Zusammenarbeit zwischen den Diensten, sowohl um Anschläge zu verhindern als auch um offensiv gegen Führungseinheiten der Terroristen vorgehen zu können und deren internationale Netzwerke auszuheben.

Nach den Anschlägen in New York und Washington gab es eine Unmenge an Solidaritätsbekundungen, die auch das Angebot zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit einschlossen. Inwieweit es sich dabei um mehr als nur Lippenbekenntnisse handelte, ist nicht einfach zu beurteilen, da Aussagen über die Qualität oder Umfang des Datenaustauschs schwierig sind. Gleichwohl lässt sich intelligence-sharing anhand von Pressemeldungen, politischen Allianzen, offiziellen Statements und vor allem tatsächlichen Erfolgen gegen Terrorgruppen zumindest ansatzweise nachzeichnen.

Auf gesamteuropäischer Ebene gab es infrastrukturelle Anpassungen als Reaktion auf den 11. September. So beschlossen die Justizminister der EU-Staaten, das Budget der europäischen Polizeitruppe Europol um fast 50% auf 51,6 Millionen Euro zu erhöhen. Der Löwenanteil davon wird für eine neue 50-köpfige Task Force zur Terrorismusbekämpfung verwendet. Neu aufgenommen in den Kompetenzkatalog sind die direkte Initiierung von Untersuchungen in EU-Mitgliedsstaaten sowie die Erlaubnis, gemeinsam mit den nationalen Polizeieinheiten Operationen durchzuführen.<sup>137</sup>

In die Kritik geraten sind angesichts der erweiterten Befugnisse die fehlende demokratische Kontrolle und die auf Grund der weit greifenden Definition des Begriffs Terrorismus zum Teil unklare Aufgabenstellung, aus der sich eine gewisse Verselbstständigung Euopols ergeben könnte.

Neben dieser innereuropäischen Komponente schloss Europol sowohl mit Interpol als auch mit den US-Behörden Kooperationsabkommen zur Terrorismusbekämpfung.<sup>138</sup>

Innerhalb der EU sind aufgrund der Kooperation zwischen den nationalen Diensten und unter Mithilfe von Europol angeblich schon mehr als 200 der Mitgliedschaft in der al-Qaida oder anderen Terrororganisationen Verdächtige verhaftet worden. Viele der vermeintlichen Terroristen erwiesen sich als unschuldig und sind mittlerweile wieder auf freiem Fuß, einige wurden aber wohl auch an die amerikanischen Behörden überführt.<sup>139</sup>

Eine Schlüsselrolle bei der Jagd auf al-Qaida kommt jedoch unbestritten den arabischen und zentralasiatischen Nachrichten- und Geheimdiensten zu, die zum Teil über sehr gute Quellen innerhalb der Terrornetzwerke verfügen.

So sind Staaten wie Pakistan oder Syrien, die bis vor kurzem noch gemieden wurden, derzeit äußerst begehrte Partner. Gerade der pakistanische Inter-Services Intelligence Agency (ISI) hat durch seine langjährige Rolle als Unterstützer der Taliban einiges an Informationen zu bieten. Noch aus den 80er-Jahren bestehende Beziehungen zwischen CIA und ISI wurden unmittelbar nach dem 11. September wieder aufgenommen, sodass der ISI mitunter "Augen

---

<sup>137</sup> Eurofile: £33m budget passed for Euro-CIA, in: Daily Telegraph, 27.4.2002; zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter:  
<http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2002%2F04%2F27%2Fwpol27.xml>

<sup>138</sup> Europol and Interpol sign a Co-operation Agreement, Europol Press Release, Den Haag, 5.11.2001; USA and Europol join Forces in fighting Terrorism, Europol Press Release, Den Haag, 11.12.2001

<sup>139</sup> Europe's Hunt for al-Qaida. They're on both sides of the pond, in: The Economist, 10.8.2002, S.26f.

und Ohren" der amerikanischen Sondereinheiten auf der Jagd nach Bin Laden war.<sup>140</sup> Vorsicht im Umgang mit dem ISI ist allerdings weiterhin geboten. So halten sich immer noch Gerüchte, der ISI sei zumindest in Teilen nach wie vor islamistischen Netzwerken verbunden und an der Ermordung des US-Journalisten David Pearl beteiligt gewesen.<sup>141</sup> Musharraf's Entlassung zweier Spitzenbeamte des ISI sowie die Neuordnung und Beschneidung der Ressorts für Kaschmir und Afghanistan weisen jedoch auf Fortschritte bei der politischen Domestizierung des pakistanischen Geheimdienstes hin.<sup>142</sup>

Ebenso an Attraktivität gewonnen hat Syrien, das vom US-State Department seit Jahren als Terroristensponsor geführt wird. Genau auf dieser Rolle basierende Kontakte will man sich im Westen jetzt zunutze machen – auch beim BND: Nachdem der Prozess gegen zwei syrische Geheimagenten, die in Deutschland gefasst worden waren, auf Grund "nationaler Interessen" fallen gelassen worden ist, erhofft man sich in Pullach nun verbesserten Zugang zu Informationen des syrischen Geheimdienstes.<sup>143</sup> Die USA sind da allem Anschein nach schon viel weiter:<sup>144</sup> Aus US-Regierungskreisen wurde bestätigt, dass dank der Informationen des syrischen Geheimdienstes ein Anschlag auf amerikanische Truppen am Persischen Golf verhindert werden konnte. Eine ganze Reihe von mutmaßlichen al-Qaida Anhängern wurde von syrischen Sicherheitskräften auf Drängen der USA festgenommen. Syrien verhält für die USA darüber hinaus Haydar Zammar. Der syrisch-stämmige Deutsche wird verdächtigt, in die Rekrutierung Mohammed Attas verwickelt gewesen zu sein und sitzt seit einigen Monaten in Syrien im Gefängnis, ohne dass dies von offiziellen Stellen in Syrien bisher bestätigt worden wäre. Zudem hat Syrien viele seiner Dossiers über Terroristen für die amerikanischen Dienste geöffnet.

Auch Ägypten, Libyen und Jordanien verfügen angeblich über Informationsquellen, an denen die USA und andere Länder großes Interesse haben.<sup>145</sup> So durfte Jordanien als einziges arabisches Land Militärs in das ansonsten streng abgeriegelte "Coalition-Village" auf dem MacDill Luftwaffenstützpunkt in Tampa, Florida, entsenden. Dort befindet sich das Koordinationszentrum, von dem aus das militärische Vorgehen gegen al-Qaida, Taliban etc. geplant wird.<sup>146</sup>

---

<sup>140</sup> Vital intelligence on Taliban may rest with its prime sponsor – Pakistan's ISI, in: Jane's Intelligence Review, 1.10.2001:  
[http://www.janes.com/security/international\\_security/news/misc/janes011001\\_1\\_n.shtml](http://www.janes.com/security/international_security/news/misc/janes011001_1_n.shtml)

<sup>141</sup> Who really killed Daniel Pearl?, in: The Guardian, 5.4.2002, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter:

<http://www.guardian.co.uk/comment/story/0,3604,679105,00.html>

<sup>142</sup> Pakistan to cut Islamist Links to spy agencies, in: New York Times, 20.2.2002, Sektion A, S.1.

<sup>143</sup> Deutsche Terror-Ermittler hoffen auf Mithilfe aus Syrien, in: Die Welt, 29.7.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter:  
<http://www.welt.de/daten/2002/07/29/0729h1347438.htx#blickpunkt>

<sup>144</sup> CIA sought Syrian Aid in Qaida investigation. Damaskus meeting signals shift in Relations, in: International Herald Tribune, 31.10.2001, S.9; Syria evolves as Anti-Terror Ally, in: Washington Post, 25.7.2002, S.A18; Help from an Unlikely Ally, in: Time, 1.7.2002, S.28.

<sup>145</sup> Spy Game: Changing the Rules So the Good Guys Win (Anm.119).

<sup>146</sup> Mac Dill's new Village helps coordinate globe, in: St. Petersburg Times, 27.10.2001, zuletzt abgerufen am 28.8.2002 unter:  
[http://www.sptimes.com/News/102701/Worldandnation/MacDill\\_s\\_new\\_villag.shtml](http://www.sptimes.com/News/102701/Worldandnation/MacDill_s_new_villag.shtml)

Die marokkanischen Dienste trugen dazu bei, Anschläge auf britische und amerikanische Kriegsschiffe in der Meerenge von Gibraltar zu verhindern und unterstützen CIA und FBI beim Verhör von auf Guantanamo Bay inhaftierten Gefangenen.<sup>147</sup> Iran hat al-Qaida Kämpfer, die von Afghanistan aus auf sein Territorium geflüchtet waren, im Juni an Saudi-Arabien ausgeliefert, und der saudische Außenminister el Faisal erklärte, sein Land habe sämtliche Ergebnisse der Verhöre an die USA weitergegeben.<sup>148</sup>

Weitere wertvolle Verbündete sind die russischen Geheimdienste: Diese gelten als ausgesprochene Kenner der Region und sind überdies vertraut mit der Kriegsführung in Afghanistan. Russland betrachtete Afghanistan auch nach dem Ende seines Feldzugs dort als Einflussphäre und war bekannt als Unterstützer von Teilen der Nordallianz. Zudem ist davon auszugehen, dass Russland eine ganze Reihe von Informationen über Bin Laden, al-Qaida und andere islamistische Terrorgruppen in der Region gesammelt hat. Schließlich gelten derartige Gruppen in Moskau als Unterstützer der tschetschenischen Rebellenbewegung. So konnten unmittelbar nach den Anschlägen dank russischer Intelligence zwei der Attentäter identifiziert werden. Wenige Tage später wurde denn auch ein hochrangiger amerikanischer Nachrichtendienstmitarbeiter als Verbindungsoffizier nach Moskau entsandt. Der russische Sicherheitsdienst FSB gab bekannt, man werde alle Informationen, die man zu den Anschlägen finde, an die amerikanischen Kollegen weitergeben. Der Chef des russischen Auslandsgeheimdiensts SVR, Sergej Lebedew, erklärte, sein Dienst arbeite eng mit Nachrichtendiensten Europas, der USA und des Nahen Ostens zusammen, um die internationale Bedrohung durch den Terrorismus auszuschalten.<sup>149</sup>

## Einschätzung

Geheimdienste arbeiten bekanntermaßen im Verborgenen; Quellen müssen geschützt werden und andere Dienste sind immer auch Konkurrenten. Durch selektive Weitergabe von Informationen kann gerade im "War against Terror" eine nationale Agenda verfolgt werden. "Traue Keinem" lautet folglich das Credo, und eine reibungslose Kooperation kann kaum erwartet werden.

Sogar zwischen befreundeten Diensten wie den deutschen und amerikanischen gibt es einige Schwierigkeiten. Wiederholt wurden Vorwürfe über mangelnde Kooperationsbereitschaft und das Vorenthalten von wichtigen Informationen ausgetauscht.<sup>150</sup>

Eine weitere Kooperationshürde stellt auch die Todesstrafe in den USA dar. Gerade die europäischen Dienste tun sich schwer, Informationen an die amerikanischen Kollegen weiterzugeben, die zur Verhängung von Todesurteilen führen könnten.<sup>151</sup>

---

<sup>147</sup> US-Morocco cooperation on terror bears fruit, in: IHT, 25.6.2002, zuletzt abgerufen unter: <http://www.iht.com/articles/62443.html>

<sup>148</sup> Iran liefert mutmaßliche al-Qaida-Kämpfer an Riad aus, in: Süddeutsche Zeitung, 12.8.2002, S.6.

<sup>149</sup> Russia and Nato unite against international terror, in: The Guardian, 13.9.2001, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: <http://www.guardian.co.uk/wtccrash/story/0,1300,551499,00.html>

<sup>150</sup> Es wird etwas Größeres sein, in: Der Spiegel, 21/2002, S.80f.; Wir sind nicht der Hinterhof der USA, in: Süddeutsche Zeitung, 29.11. 2001, <http://www.sueddeutsche.de/index.php?url=/deutschland/politik/31503/>

<sup>151</sup> Germany Reluctant to Aid Prosecution of Moussaoui, in: Washington Post, 11.6.2002, S.A01.



Andernorts wiederum werden die bereitgestellten Informationen ignoriert: So weigert sich Saudi-Arabien, mit Terroristen in Verbindung gebrachte Bankkonten einzufrieren oder gegen verdächtige Finanzflüsse aus Kassen saudi-arabischer "Wohlfahrtsvereine" vorzugehen.<sup>152</sup> Und zumindest vor dem 11. September nahmen wohl einige westliche Dienste Informationen nicht immer ernst, die von Nachrichtendiensten aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens stammten.

Überdies ist zu erwarten, dass der Preis für die Kooperation von Diensten der Region eine Abkehr von ethischen Prinzipien in der Außenpolitik sein wird (sofern diese überhaupt eine Rolle gespielt haben). Schließlich ist realistischlicherweise davon auszugehen, dass gerade autoritäre Regime kein altruistisches Interesse an der Sicherheit der USA oder Westeuropas haben, sondern im Gegenzug Zugang zu Intelligence über in Europa und den USA lebende Regimegegner fordern dürften und auf mehr Toleranz hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen drängen werden.

## 5. Schlussbemerkung

Terrorabwehr ist ein schwer zu vermarktendes Geschäft. Erfolge – wenn sie überhaupt öffentlich gemacht werden können – werden immer weniger Aufmerksamkeit erfahren als Misserfolge, die als spektakuläre Anschläge per CNN den Weg in die Wohnzimmer finden. Al-Qaida und ihre Anhänger mögen seit dem 11. September 2001 in die Defensive gedrängt worden sein, besiegt ist die Terrororganisation noch nicht und wird es wohl auch nicht sobald sein. Und so etwas wie 100-prozentige Intelligence bei der Abwehr von Terrorismus wird es nie geben, "einige kommen eben immer durch", wie die ehemalige MI5-Chefin Stella Rimington warnt.<sup>153</sup>

Dass bei Terrorwarnungen immer wieder von *abstrakten* Bedrohungen die Rede ist oder in Rundumschlägen alle möglichen, oft auf worst case Annahmen basierende Bedrohungsszenarien dargestellt werden, zeigt, wie wenig Wissen darüber vorhanden ist, was denn nun eigentlich innerhalb des Netzwerks des internationalen Terrorismus vorgeht. Dennoch, die Abwehr von Terrorismus ist auf der sicherheitspolitischen Agenda ganz nach oben gerückt, und der Ausbau entsprechender Kapazitäten bei den Nachrichten- und Geheimdiensten wird vorangebracht. Es sei daran erinnert, dass die Unterwanderung des sowjetischen Staatsapparates zu Beginn des Kalten Krieges unmöglich erschien, bald jedoch auch hier Erfolge verbucht werden konnten.

Doch gerade angesichts der Hinweise Rimingtons darf keinesfalls vergessen werden, dass eine effektive Terrorabwehr ein ganzes Bündel an Maßnahmen mit einschließt, von denen sich bei weitem nicht alle im militärischen, nachrichtendienstlichen oder polizeilichen Bereich abspielen. Mögen Bin Laden und seine Anhänger auch Fanatiker sein, die ihr mörderisches Treiben religiös rechtfertigen, so spielen ihnen Brennpunkte wie Kaschmir, Palästina oder Tschetschenien doch immer wieder in die Hände, wenn es darum geht, Menschen zum Radikalismus zu verführen oder Sympathisanten zu gewinnen. Konstruktive, die Belange aller beteiligter Seiten in Erwägung ziehende Vermittlung durch die USA und

---

<sup>152</sup> Frustration over terrorist finances, in: Jane's Intelligence Review, 31.7.2002, zuletzt abgerufen am 23.8.2002 unter: [http://www.janes.com/security/international\\_security/news/jir/jir020731\\_1\\_n.shtml](http://www.janes.com/security/international_security/news/jir/jir020731_1_n.shtml)

<sup>153</sup> Interview mit Stella Rimington: There is no such thing as full intelligence, in: The Times, 17.9.2001, S.10-12.

Europa ist gefragt, um in diesen Regionen Lösungen zu finden und so den extremistischen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Zudem werden Europäer wie Amerikaner wohl nicht darum herumkommen, sich intensiv mit dem Wiederaufbau staatlicher Strukturen in so genannten "failed states" zu beschäftigen. Das Nichtvorhandensein solcher staatlicher Ordnungsstrukturen ist schließlich eine der besten Voraussetzungen dafür, dass sich Terrorgruppen wie die al-Qaida Schlupfwinkel aufbauen können.

Aufgabe der Politik ist es also, neben dem Schmieden von Koalitionen gegen den Terror auch eine Auseinandersetzung mit den tieferen Ursachen des Terrorismus zu betreiben und auf den daraus gewonnenen Erkenntnissen eine politische Handlungsagenda zu entwerfen, die sich nicht nur auf Bekämpfung von Symptomen beschränkt.

**Verantwortlich:**

Dr. Reinhard C. Meier-Walser  
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen  
der Hanns-Seidel-Stiftung

**Autor:**

Michael Bauer  
Student der Politikwissenschaft und Mitarbeiter des Forschungsprojekts  
"Internationaler Terrorismus" der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-  
Seidel-Stiftung, München

## "aktuelle analysen"

### bisher erschienen:

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit (vergriffen)
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland - Klassische Ansätze - Aktuelle Diskussion - Perspektiven (vergriffen)
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO - Die Positionen der USA und Russlands (vergriffen)
- Nr. 4 Umweltzertifikate - ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik? (vergriffen)
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996 (vergriffen)
- Nr. 6 Informationszeitalter - Informationsgesellschaft - Wissensgesellschaft (vergriffen)
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland (vergriffen)
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien (vergriffen)
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK). Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung (vergriffen)
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat (vergriffen)
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus (vergriffen)
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen (vergriffen)
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen (vergriffen)
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe (vergriffen)
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: "Politik von links, von unten und von Osten" (vergriffen)
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien (vergriffen)
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz (vergriffen)

- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie. Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der "Dritte Weg". Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union. Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages (vergriffen)
- Nr. 25 Jenseits der "Neuen Mitte": Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen (vergriffen)
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration. Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien

**in Vorbereitung:**

Innenpolitische Folgen des 11. Septembers in Deutschland, USA und Westeuropa und ihre Reaktionen

Die Abwehr ballistischer Trägersysteme. Bedrohungslage – Möglichkeiten – politische Konsequenzen